

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- der **Preise für Lebensmittel, Öl und Gas** sprechen. Wir alle wissen, dass es hier keine einfachen Antworten gibt und dass dieses Problem nicht mit Einzelaktionen zu lösen ist; so kann man ihm nicht beikommen. Wir werden versuchen, in Europa gemeinsam und abgestimmt vorzugehen, zum Beispiel dann, wenn es um schnelle und effektive Hilfe geht. So hat die Europäische Union als Reaktion auf die Nahrungsmittelsituation bereits den Umfang der Soforthilfe deutlich erhöht, und sie unterstützt alle Maßnahmen der internationalen Organisationen. (C)
- Die Bundesregierung hat gestern im Kabinett einen Maßnahmenkatalog verabschiedet, der auch dem Parlament vorgestellt wurde. Wir werden unsere Vorschläge im Juli auch in den Kreis der G-8-Beratungen einbringen. Die wichtigste und aus meiner Sicht zielführendste Antwort Europas auf den Anstieg der Ölpreise heißt mehr Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien.
- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
- Dass Deutschland hier im Vergleich zu anderen Ländern auf einem guten Weg ist, kann man heute in den Zeitungen nachlesen; ich finde, das darf man einmal sagen. Wir sind zwar noch am Anfang dieses Weges, aber wir kommen voran.
- (B)
- Die Europäische Union hat sich unter deutscher Präsidentschaft im letzten Jahr sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Diese Ziele müssen jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden. Das wird insbesondere während der französischen Präsidentschaft ein Thema sein. Ich glaube, das Wichtigste neben der Frage des Klimaschutzes ist, dass wir mit unseren Maßnahmen bei den Ursachen hoher Ölpreise ansetzen: Eine Ursache sind Verknappungen. Verknappungen können nur dadurch bekämpft werden, dass wir versuchen, uns von dem Verbrauch solcher Ressourcen zu entkoppeln. (D)
- Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 3:
- Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin
zum Europäischen Rat in Brüssel am 19./20. Juni 2008
- Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch das können wir offensichtlich so vereinbaren.
- Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)
- Dr. Angela Merkel**, Bundeskanzlerin:
- Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute tritt der Europäische Rat zu seiner regelmäßigen Junisitzung zusammen. Es stehen wichtige Themen auf der Tagesordnung. Am Freitag werden wir über die Auswirkungen des Anstiegs
- Eingriffe, insbesondere solche finanzpolitischer Natur, wie sie immer wieder diskutiert werden, behindern letztlich die notwendigen Anpassungen an veränderte Marktbedingungen und sollten aus unserer Sicht vermieden werden. Ich will noch einmal daran erinnern, dass die Europäische Union im Jahre 2005 eine Abmachung getroffen hat, die sogenannte Manchester-Erklärung, bei der darum geworben wurde, dass nicht einzelne Mitgliedstaaten durch steuerliche Maßnahmen Verzerrungen innerhalb des europäischen Binnenmarktes hervorrufen, die nur zu Ausweichverhalten führen, aber in der Preisbildung nicht zielführend sind. Wir halten diese Abmachung nach wie vor für richtig.
- Wir fordern natürlich auch ein gemeinsames Vorgehen von Produzenten- und Verbraucherländern. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Initiative des Königreichs Saudi-Arabien für einen vertieften **Dialog zwischen Produzenten und Verbrauchern**, der mit der Einladung zum Ministertreffen nach Dschidda angestoßen wurde. Es geht hierbei natürlich auch darum, ob die

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Raffineriekapazitäten ausreichen und wie wir Investitionen in neue Fördermöglichkeiten unterstützen können.

Wir brauchen auch eine möglichst verlässliche Planung der Nachfrage der Schwellenländer, insbesondere so großer Länder wie China und Indien. Deshalb wird das auch bei dem Treffen mit den Schwellenländern auf dem G-8-Gipfel ein Thema sein. Es ist gut, dass wir im vergangenen Jahr beim G-8-Gipfel in Heiligendamm einen kontinuierlichen Dialog zwischen den G-8-Staaten und den Schwellenländern angestoßen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese und andere Themen sind für die Beratungen des heute beginnenden EU-Rates in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen, sie bewegen die Menschen. Aber machen wir uns nichts vor: Diese Themen werden heute wahrscheinlich nicht im Mittelpunkt stehen. Die Aufmerksamkeit wird sich auf die Situation richten, die wir nach der Ablehnung des Vertrags von Lissabon in Irland haben; darüber werden wir heute beim Abendessen beraten. Auf das Ergebnis des **Referendums in Irland** muss der Rat reagieren, und zwar ebenso umsichtig wie entschlossen, ebenso unmissverständlich wie geschlossen. Es hilft nicht, zurückzuschauen und das Abstimmungsergebnis zu bedauern. Wenn wir darin verharren, ist das Zeitverschwendung. Dann verschwenden wir Zeit, die wir nicht haben.

- (B) Ich füge hinzu: Wenn die Diskussion Sinn und Verstand haben soll, dürfen wir sie nicht frei von sachlichen Gegebenheiten führen. Dazu gehört für mich Folgendes: Wir müssen sehen, dass Verträge in der Europäischen Union einstimmig fortentwickelt werden müssen. Daran führt kein Weg vorbei, wie anstrengend das auch immer sein mag. Die **Einstimmigkeit** ist die Voraussetzung, weil die Mitgliedstaaten Herr der Verträge sind und deshalb jeder einzelne Mitgliedstaat sein Einverständnis für eine Fortentwicklung des Vertrages geben muss. Deshalb helfen uns in dieser Situation Diskussionen über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten bzw. über ein Kerneuropa nicht weiter. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich halte diese Diskussionen ohnehin für nicht zielführend und zum Teil auch für fahrlässig; denn man kann nicht eine erweiterte Europäische Union haben und zugleich bei der ersten Schwierigkeit immer sofort sagen: Nun gestalten wir ein Kerneuropa.

Das heißt, die Geschlossenheit Europas, so mühsam zu erreichen sie auch immer sein mag, ist kein Selbstzweck, sondern ein hohes Gut. Das hat mich geleitet, und das wird mich immer leiten – nicht nur an Jahrestagen, an denen wir dieses großartigen Europas als Friedenswerk und Antwort auf jahrhundertelange Kriege und Feindschaften gedenken, sondern eben auch als Herausforderung für unsere Generation und für unsere Zeit, in der wir uns bei der Gestaltung der Globalisierung wieder zu bewähren haben und in der Europa die richtige Antwort auf die Herausforderungen in einer globalen Welt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Auch wenn wir das nur formal und rechtlich betrachten würden, führten uns Überlegungen für ein **Kerneuropa** oder ein **Europa der zwei Geschwindigkeiten** an dieser Stelle keinen Schritt weiter. Natürlich können sich die Mitgliedstaaten bei einzelnen Politiken entscheiden, mitzumachen oder nicht. Das gibt es vielfach, zum Beispiel beim Schengener Abkommen, beim Euro und bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dänemark beteiligt sich bis heute nicht an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wenn es aber um institutionelle Weiterentwicklungen geht, also um die Rechte des Parlaments, die Rechte des Rates und die Ausgestaltung der Arbeit des Rates, dann brauchen wir die Einstimmigkeit. Darüber kann nur die gemeinsame Europäische Union entscheiden. Deshalb ist es an dieser Stelle unsere Aufgabe, gemeinsam einen Weg zu finden. Ich rate uns deswegen, nicht Debatten zu führen, die uns ablenken – das kann man in theoretischen Seminaren tun –, sondern uns darauf zu konzentrieren, was sachlich und rechtlich möglich und geboten ist.

Ich bin zutiefst davon überzeugt und fest entschlossen: Angesichts dieser Situation gilt es, gemeinsam mit den Iren einen Lösungsweg zu suchen. Für diese gemeinsame Lösung werden wir all unsere Kraft einsetzen. Ich bin von einem Weiteren überzeugt, nämlich davon, dass wir diese Lösung finden können und finden werden.

Wir stehen heute erst am Anfang der Debatte, und ich kann Ihnen hier jetzt natürlich nicht berichten, was heute Nachmittag debattiert wird, so gerne ich das vielleicht auch tun würde.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Lieber nicht!)

- (D) Ich kann und werde Ihnen jetzt aber exakt sagen – das möchte ich auch –, woran ich mich orientiere und was mich bei den Gesprächen leiten wird.

Erstens. Europa kann sich keine erneute Reflexionsphase leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Europäische Rat muss so schnell wie möglich eine grundsätzliche Entscheidung treffen. Im Übrigen brauchen wir sie auch, um zu wissen, in welcher Form und wie wir die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 durchführen werden.

Zweitens. Europa kann sich auch keinen Kuhhandel leisten; das muss jeder wissen. Natürlich müssen und werden wir uns die Argumente der Iren anhören. Ministerpräsident Cowen wird uns in der heutigen Sitzung des Europäischen Rates eine erste Analyse der Ursachen vortragen, die er dafür sieht, dass es zu einer Ablehnung in Irland kam. Ich werde heute auch die Möglichkeit zu einem bilateralen Gespräch haben. Wir sollten und werden Irland jetzt die Chance geben, selber wieder in das Spiel zurückkehren zu können. Ich glaube, das ist der beste Weg.

Drittens. Wir brauchen den **Vertrag von Lissabon**.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Es bleibt bei meiner Überzeugung, die ich hier zuletzt auch am 24. April 2008 deutlich gemacht habe: Der Vertrag von Nizza reicht nicht aus.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

Wer nicht will, dass die Europäische Union auf Gebieten tätig wird, die nicht in ihre Zuständigkeit gehören, der muss sich jetzt für den Vertrag von Lissabon einsetzen; denn nur dann, wenn der Vertrag von Lissabon Wirklichkeit wird, erhalten die nationalen Parlamente neue Rechte, die sie bisher nicht hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie erhalten diese Rechte, um die Tätigkeit der Union zu kontrollieren und notfalls sogar dagegen zu klagen. Erst dann können wir auch das Subsidiaritätsprinzip, das uns im Rahmen der Arbeit der Europäischen Union so wichtig ist, wirklich mit Leben erfüllen.

Wer will, dass das vielfach beklagte Demokratiedefizit in der Europäischen Union abgebaut wird, der muss für den Vertrag von Lissabon sein. Denn erst mit dem Vertrag wird das Europäische Parlament zum wirklich gleichberechtigten Entscheidungspartner.

Wer nicht will, dass auf wichtigen Politikfeldern der Langsamste immer das Verhandlungstempo aller bestimmt, der muss jetzt für den Vertrag von Lissabon sein. Denn der Vertrag bringt die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und nimmt damit die Möglichkeit, dass der Langsamste alles blockieren kann.

- (B) Wer nicht will, dass die Vereinigten Staaten von Amerika oder Russland oder andere Länder auf der Welt immer 27 europäische Meinungen zu Gehör bekommen, bevor sie wissen, was Europa will, der muss jetzt für den Vertrag von Lissabon kämpfen. Denn nur durch den hohen Beauftragten für die Außenpolitik, durch die Zusammenführung der Kommissions- und Ratsaufgaben in diesem Zusammenhang und durch den Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes werden wir effizient unsere europäische Position in der Welt darstellen können, in all den wichtigen Fragen, die wir alleine nicht mehr lösen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb würde ein „Weiter so“ bedeuten, dass wir genau auf diesen wichtigen Punkt verzichten und damit Europa in der Welt nicht die Rolle spielen kann, die ihm aus unserer gemeinsamen Sicht zukommt. Das können wir nicht wollen, das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb müssen wir hier eine Veränderung schaffen.

Und schließlich: Wer nicht will, dass die europäische Zukunft des westlichen Balkans infrage gestellt wird, der muss für den Vertrag von Lissabon eintreten; denn nur er macht die Europäische Union erweiterungsfähig. Mit Nizza geht das nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Viertens. Der **Ratifizierungsprozess** in Europa muss fortgesetzt werden. Alle Mitgliedstaaten unserer Europäischen Union müssen ihre Haltung festlegen, natürlich entsprechend den nationalen Ratifizierungsbedingungen. In Deutschland ist dies im Bundestag und inzwischen auch im Bundesrat geschehen. Ich möchte mich heute noch einmal für die breite Unterstützung bedanken. Ich bin überzeugt: Ein besseres Reformpaket für mehr Demokratie und Handlungsfähigkeit als den Lissaboner Vertrag werden wir kaum schnüren können.

Der Vertrag von Lissabon geht bereits auf die in den letzten Jahren laut gewordenen Sorgen – berechtigten Sorgen, sage ich ausdrücklich – der Bürgerinnen und Bürger ein. Alle, die jetzt sofort wieder davon reden, die Iren hätten einer geheimen Politik im Hinterzimmer eine Absage erteilt, die müssten es eigentlich – auch das sage ich ausdrücklich – besser wissen.

Dieser Vertrag von Lissabon ist das Ergebnis eines siebenjährigen Verfahrens, in das nationale Parlamente und die Bürgergesellschaft einbezogen waren.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Auch in Deutschland?)

Er ist ein Vertrag, dessen Substanz aus den öffentlichen Beratungen im europäischen Konsens hervorgegangen ist. In Deutschland waren Bundestag und Bundesrat an allen Schritten beteiligt.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Nur das Volk nicht!)

- Wenn Sie sich als Abgeordneter nicht vom Volk gewählt fühlen, dann sind Sie selber schuld. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir alle wissen, dass die Europäische Union die Fortschritte benötigt, die der Vertrag von Lissabon vorsieht. Deshalb hat dieses Haus dem Vertragswerk mit so großer Mehrheit zugestimmt.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss (SPD))

Weitere 17 Mitgliedstaaten haben es bereits ratifiziert. Ich werde heute und morgen beim Rat dafür werben, dass dieser Ratifizierungsprozess fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es haben sich viele Mitgliedstaaten in ähnlicher Weise geäußert. Die gute Nachricht, die wir alle vernommen haben, ist, dass auch in Großbritannien der parlamentarische Beratungsprozess erfolgreich abgeschlossen worden ist, gestern im Oberhaus, vorher schon im Unterhaus. Das ist für Europa eine ganz wichtige Nachricht, über die wir uns sehr freuen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dann die Ratifizierungsprozesse im Herbst in die Endrunde gehen, dann wird auch der Punkt gekommen sein, an dem Irland vortragen wird, wie es weiter vorgehen möchte. Ohne Zweifel wird für diese Aufgabe

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) eine besonders große Verantwortung beim kommenden französischen Ratsvorsitz liegen.

Ich glaube, es steht völlig außer Zweifel – das möchte ich noch einmal verdeutlichen –, dass Deutschland, die Bundesregierung, aber auch wir alle gemeinsam die französische Ratspräsidentschaft bei diesen Bemühungen unterstützen werden. Das sagt der Bundesaußenminister. Das sage ich. Das sagt die gesamte Bundesregierung.

Unser Ziel ist und bleibt, die notwendigen Reformen so rasch wie möglich in Kraft zu setzen. Nur so sind wir mit effektiveren Institutionen gerüstet, uns um die Lösung der Probleme der Bürgerinnen und Bürger wirklich kümmern zu können. Sie erwarten – ich habe über die Probleme am Anfang gesprochen –, dass wir Europäer gemeinsam die Globalisierung durch soziale Marktwirtschaft, durch eine wertegebundene Außenpolitik sowie durch eine moderne Klima- und Energiepolitik gestalten. Dafür brauchen wir die neuen Grundlagen des Vertrags von Lissabon.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das sind die Gründe, warum wir alle – ich gebrauche das Wort mit Bedacht – ein leidenschaftliches Interesse daran haben müssen, dass der Vertrag von Lissabon rasch in Kraft tritt. Wir alle in diesem Haus – mit Ausnahme weniger – wissen, dass wir ein handlungsfähiges Europa brauchen, um in der Welt in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben zu können. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung, damit wir mit Irland einen gemeinsamen Weg finden, und zwar so, wie ich es zu Beginn gesagt habe: einen Weg, der ebenso umsichtig wie entschlossen ist, der ebenso unmissverständlich wie geschlossen ist – im Interesse Irlands, im Interesse der Europäischen Union und im Interesse Deutschlands. Das ist aus meiner Sicht jede Mühe wert. Dafür werden wir arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Dr. Guido Westerwelle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie haben Ihre Regierungserklärung mit dem Hinweis auf die steigenden Preise und die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Europa und – das betrifft dieses Haus – insbesondere in Deutschland angefangen. Sie haben gesagt, dass Sie durch Europa reisen und mit Saudi-Arabien sprechen möchten, um die Preisentwicklungen in den Griff zu bekommen. Sie haben aber über das, was Sie selbst tun wollen und können, um die steigenden Preise anzugehen, nicht gesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Bevor Sie über Brüssel reden, müssen Sie Ihre eigenen Hausaufgaben machen. Das gilt insbesondere für den Energiebereich. Sie sprechen davon, dass die steigenden, galoppierenden **Energiepreise** das Ergebnis von Verknappung seien. Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. In Wahrheit sind sie das Ergebnis einer Preistreiberei durch Steuern und Abgaben des Staates.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Preistreiber bei der Energie sitzen auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt das Problem wolkig zu beschreiben, sollten Sie selbst handeln. Da die Bundesregierung selbst in diesem Monat deutlich gemacht hat, wie hoch der Steueranteil an den Preisen für Benzin bzw. Diesel ist, möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen: Bis zu zwei Drittel der Energiepreise werden vom Staat, werden von der Regierung gemacht. Das ist die ganze Wahrheit für die Bürgerinnen und Bürger. Es reicht nicht aus, wenn Sie versprechen, dass Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu einer Senkung der Preise führen werden. Notwendig ist, jetzt zu handeln. Der französische Staatspräsident hat entsprechende Vorschläge gemacht. Sie lehnen sie ab. Das muss festgehalten werden. Sie dürfen sich nicht hinter Europa verstecken, wenn Sie eine falsche Energiepolitik machen.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Grober Unfug!)

Wir haben kein Wort dazu gehört, was aus unserer Sicht in der Energiepolitik notwendig wäre, beispielsweise ein **rationaler Energiemix**. Es ist bedauerlich, dass sich auch die Unionskolleginnen und -kollegen nicht mehr an das erinnern, was sie eigentlich regelmäßig wollen und früher einmal – vor langer Zeit, bis vor zweieinhalb Jahren – vertreten haben, nämlich dass wir einen rationalen Energiemix brauchen.

Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie bei steigenden Preisen über erneuerbare Energien und über Energieeffizienz reden, dann ist das richtig. Dass Sie aber verschweigen, wie notwendig es wäre, den Beschluss zum Ausstieg aus der **Kernenergie** rückgängig zu machen, ist falsch.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir über Europa reden: Wir wissen, dass in ganz Europa ein anderer Weg beschritten wird. Wir wissen, dass beispielsweise Großbritannien und Frankreich soeben angekündigt haben, in der Energiepolitik ganz andere Wege zu gehen. In Europa setzt man auf die CO₂-freie Kernenergie, ausdrücklich im Mix mit den erneuerbaren Energien. Wir in Deutschland steigen aus der Atomenergie aus. Das treibt die Preise nach oben, wickelt die Forschung ab, ist schlecht für die Umwelt, schlecht für die Wirtschaft und unsozial gerade für die, die hohe Preise zu tragen haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Es reicht also nicht aus, dass man sagt, man wolle in Brüssel dieses oder jenes Thema ansprechen. Notwendig ist, dass Sie dies hier zu Hause tun. Die Tatsache, dass Sie das in Ihrer Regierungserklärung nicht sagen – anders als auf den diversen Messen, die Sie eröffnen –, hängt damit zusammen, dass Sie in dieser Koalition keine Einigkeit in Bezug auf die Entwicklung der Energiepreise haben. Das ist der entscheidende politische Punkt. Bei Regierungserklärungen kommt es nämlich nicht nur darauf an, was gesagt wird, sondern es kommt ganz entscheidend darauf an, was nicht gesagt wird. All das, was Sie nicht gesagt haben, lässt eine ausführliche Zustandsbeschreibung über die Uneinigkeit dieser Koalition, dieser Regierungsparteien zu.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben sich in Ihrem zweiten Teil mit den politischen Folgen nach dem gescheiterten **Referendum in Irland** auseinandergesetzt. Auch dazu ist es notwendig, festzuhalten, dass Sie uns in diesem Hause vom Lissabon-Vertrag nicht zu überzeugen brauchen. Überzeugen müssen Sie und wir alle die Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube, man macht es sich zu leicht, wenn man einfach sagt, es sei das kleine Irland gewesen und im Rest von Europa wäre eine Abstimmung garantiert anders ausgefallen. Man macht es sich auch zu leicht, wenn man sagt, für die Abstimmung seien die Abgeordneten da, die das Volk repräsentierten. Natürlich ist es richtig, dass wir in diesem Hohen Hause mit großer Mehrheit den Lissabon-Vertrag ratifiziert haben. Aber natürlich ist es deswegen nicht weniger notwendig, auch die Mehrheiten unserer Völker hinter diese europäische Integration zu bekommen. Das ist der entscheidende Auftrag, den wir in der Europapolitik haben.

(B)

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Wenn man meint, das sei ein insulares Problem, dann hat man die Lage in Europa nicht verstanden. Das ist nicht nur Irland,

(Beifall der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

und das sind nicht nur einige wenige, zu denen auch ich in Gegnerschaft stehe. Es ist in Wahrheit eine Aufgabe für uns alle. Wir haben den Lissabon-Vertrag in diesem Hohen Hause mit einer Mehrheit von 90 Prozent ratifiziert, weil er gut für unsere Völker und gut für Europa ist. Trotzdem müssen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag, immer wieder aufs Neue, den Nutzen der europäischen Integration für unsere Völker erklären. Der Dialog ist zu wenig, er ist zu kümmerlich, er findet zu sehr in den Eliten statt und zu wenig in der Breite. Eine selbstkritische Analyse muss uns gebieten, das festzustellen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU])

Das heißt doch nicht, dass diejenigen, die das ansprechen, weniger von der europäischen Idee begeistert wären. Es geht ganz einfach darum, dass man sich die Frage stellen muss: Maßt sich Europa die Einmischung in

Dinge an, aus denen es sich besser heraushalten sollte? (C) Wir wollen doch einmal etwas festhalten, was die Subsidiarität angeht. Jeden Tag gibt es Bemerkungen, bei denen man sich fragt, ob man so etwas auf nationaler Ebene diskutieren würde. Ich bin nicht davon überzeugt, dass die deutsche Bundeskanzlerin mit dem Programm vor den Bundestag treten würde, die Glühbirnen abzuschaffen. Und weil das hier nicht gemacht wird, wird über Bande gespielt – so ist es doch in Wahrheit: Vieles von dem, was sich hier in Deutschland bzw. in den nationalen Parlamenten manch einer nicht traut, landet über die Ecke in Brüssel, damit dann anschließend hier über Brüssel geschimpft werden kann. Auch das ist eine komische Arbeitsteilung, über die gesprochen werden muss.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Peter Gauweiler [CDU/CSU])

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sehr vehement ein **Europa der zwei Geschwindigkeiten** abgelehnt. Sie haben aber nicht gesagt, was Sie wollen. Sie haben nur gesagt, dass Sie jetzt die Vorschläge aus Irland erwarten. Genauso können wir sagen: Wir erwarten Ihre Vorschläge. – Wir unterstützen es ausdrücklich, dass Sie sagen: Wir halten am Lissabon-Vertrag fest. – Denn er verbessert das, was ist. Europa wird durch diesen Vertrag demokratischer, transparenter, effizienter und handlungsfähiger. Das wissen wir. Aber einfach nur zu sagen „Wir halten am Lissabon-Vertrag fest“, obwohl man doch zur Kenntnis nehmen muss, dass dieses Volksvotum in Irland gegen den Integrationsprozess nicht das erste war, ist aus unserer Sicht zu wenig.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Um die Völker wieder für die europäische Idee zu begeistern, hätten Sie hier sagen müssen: Das ist unser Maßnahmenpaket. – Nicht alleine das, was in Konferenzen der Regierungen stattfindet, entscheidet das Schicksal Europas. Entschieden wird das Schicksal Europas an der Frage, ob sich die Völker hinter diese Idee stellen. Das zu erreichen, ist die Hauptaufgabe der Regierenden in ganz Europa, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Westerwelle nach Irland!)

– Herr Kollege Tauss, „Westerwelle nach Irland“ war einer Ihrer intelligentesten Zurufe. Das ist ein herausragender Zuruf.

(Jörg Tauss [SPD]: Begeistern Sie die Völker dort!)

Wo Sie mittlerweile stehen, ist leicht erklärbar – so ignorant, wie Sie mittlerweile über diese Fragen reden, Herr Kollege. Ich wundere mich wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Es ist eine ganz einfache Sache: Es ist und bleibt ein Rückschlag. Wenn wir ehrlich sein wollen, dann sollten wir auch ein gewisses Maß unserer Ratlosigkeit zugeben. Vor allen Dingen sollten wir aber am **europäischen Integrationsprozess** festhalten.

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen: Es gibt kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. – Ich hoffe, dass Sie recht haben. Aber ich glaube, wenn sich andere Teile Europas nicht mehr am europäischen Integrationsprozess beteiligen wollen, dann müssen wir irgendwann auch darüber reden, ob dies das übrige Europa wirklich daran hindern darf, den Integrationsprozess, der für unser Schicksal so notwendig ist, fortzusetzen.

Sie sprechen davon, dass nicht der Langsamste das Tempo bestimmen darf. Das ist richtig. Aber das muss dann auch gelten, wenn es darum geht, Europa demokratischer werden zu lassen. Ich glaube, wir müssen in der Europapolitik neu denken. Wir müssen fest bei unseren Zielen bleiben, aber wir müssen auch erkennen: Die Lage ist nach diesen Referenden eine andere.

(Beifall der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Unsere Aufgabe ist es, an der europäischen Integrationsidee festzuhalten und nicht nur Parlamente, sondern vor allen Dingen auch die Bürgerinnen und Bürger für diese großartige Idee zu gewinnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Schwall-Düren von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor wenigen Wochen standen wir voller Hoffnung hier im Bundestag und haben gemeinsam mit großer Mehrheit die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages beschlossen. Mit diesem Lissabonner Vertrag haben wir eine kritische Phase abgeschlossen, in der die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Hervorragendes geleistet hat, um den Weg einer gleichzeitigen **Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union** weiterzugehen.

Beides gehört zusammen; denn die Erweiterung ist eine der großen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht. Diese Erweiterung war und ist nach Jahrzehnten der Kriege, der Auseinandersetzungen, einschließlich des Kalten Krieges, die historische Chance unseres Kontinentes, zu einer Wiedervereinigung zu kommen, aber eben auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ein handlungsfähiges, ein demokratisches, ein bürgernahes Europa zu haben, um den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden. Frau Bundeskanzlerin hat auf einige Themen hingewiesen, die heute auch im Rat eine Rolle spielen werden.

Herr Westerwelle, Sie haben die Bundesregierung hier wegen ihrer **Energiepolitik** gegeißelt, ich kann Sie daher nur fragen: Haben Sie vergessen, welche großen Erfolge die deutsche Ratspräsidentschaft – gerade auf der europäischen Bühne – erreicht hat, um beim Thema Klimaschutz voranzukommen, welche wegweisenden Ziele wir dort miteinander verabredet haben?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Haben Sie übersehen, dass wir gestern das zweite Klimaschutzpaket auf der nationalen Ebene verabschiedet haben und dass wir damit keine kurzfristigen, keine populistischen Maßnahmen in Gang setzen, die Augenwischerei wären? Vielmehr tragen wir dazu bei, dass die Energie den Bürgern auf Dauer in einem vernünftigen Mix und zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Leider – da muss ich Herrn Westerwelle ein Stück weit recht geben –

(Markus Löning [FDP]: Das fällt Ihnen aber schwer, was?)

ist das Referendum in Irland aber ein Beleg dafür, dass es uns nicht durchgängig gelungen ist, die Europäische Union als eine Möglichkeit für die **soziale Gestaltung der Globalisierung** deutlich zu machen. Sosehr wir die Entscheidung in Irland zu respektieren haben, so muss ich dennoch sagen, dass die Bestürzung, die Enttäuschung darüber, dass wir jetzt eine so komplizierte Lage haben, auf die wir eben keine schnelle Antwort finden, selbstverständlich groß ist.

Wenn die Vertragsgegner sagen, die Europäische Union habe eine schallende Ohrfeige erhalten, dann ist das schlicht und einfach falsch – genauso war die Kritik am Vertrag im Vorhinein eine Irreführung der Menschen –; denn das Nein zum Lissabonner Vertrag ist ein Ja zu den bestehenden Zuständen, die man angeblich kritisiert. Nur das Ja zum Vertrag gibt uns die Möglichkeit, Europa weiterzuentwickeln. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist es in der Tat so, dass wir die Ratifikation jetzt unbedingt fortsetzen müssen, damit alle Länder, deren Entscheidung noch aussteht, deutlich machen, dass sie ein starkes Europa wollen. Irland muss Vorschläge entwickeln, und zwar selbstverständlich solche Vorschläge, bei deren Umsetzung die anderen Mitgliedstaaten mithelfen können. Hier hat die französische Ratspräsidentschaft eine große Verantwortung. Wir brauchen aber auch eine Analyse Irlands. Dazu möchte ich ganz leise sagen: Eigentlich hätte ich schon erwartet, dass man aus den vorherigen Erfahrungen Schlussfolgerungen gezogen hätte. Vielleicht hätte man mehr tun können, dieses negative Ergebnis zu vermeiden.

Jetzt bleibt allerdings nicht viel Zeit. Wir können uns eine lähmende Pause vom Denken in der Europäischen Union nicht mehr erlauben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen zwar mit kühlem Kopf überlegen, aber dennoch bedenken: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 stehen an. Lassen sie mich auf die verschiedenen **Alternativen** eingehen, die im Raum stehen. Alle Alternativen, die bisher diskutiert werden und bekannt sind, bringen Probleme mit sich und bergen Risiken.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das sagen Sie mal Herrn Steinmeier!)

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Da gibt es das Votum, man solle doch auf der Geschäftsgrundlage des Nizza-Vertrages einfach so weitermachen. Von einigen hören wir, der Lissabon-Vertrag sei ohnehin tot. Aber dann würde die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union immer schwächer werden, und – die Frau Bundeskanzlerin hat darauf ebenfalls hingewiesen – Erweiterungen in größerem Umfang wären dann nur schwer vorstellbar – Erweiterungen, die wir aus Stabilitätsgründen und aus friedenspolitischen Gründen unbedingt brauchen.

Auch die zweite Alternative, in Irland ein neues Referendum durchzuführen, möglicherweise mit einer Erklärung oder Opt-outs versehen, birgt Risiken, weil dieses Beispiel schlechte Schule machen könnte oder sich die Wähler in Irland düpiert fühlen und erneut Nein sagen könnten.

Die Alternative, einen neuen Vertrag auszuhandeln, halte ich für illusionär. Dieses Ziel wäre schwer zu erreichen, und das würde unter den gegebenen Umständen dazu führen, dass die Substanz unglaublich ausgedünnt würde.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Auch ich persönlich hege große Skepsis in der Frage, ob wir mit den vertiefungswilligen Staaten zu einer sogenannten **Neugründung der Europäischen Union** kommen sollen, um das Problem mit einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder einem Kerneuropa zu lösen. Neue Probleme stünden am Horizont, ebenso zunehmende Komplexität und Intransparenz. Außerdem stellt sich die Frage, wie wir dann noch die demokratische Legitimation von solch unterschiedlichen Gemeinschaften über ein europäisches Parlament sicherstellen könnten.

- (B)

Der leisen Hoffnung, ein solcher Weg würde so attraktiv sein, dass sich die Mehrzahl der Staaten ihm anschließt, steht die Sorge gegenüber, dass die Zentrifugalkräfte stärker werden.

Deswegen müssen wir, glaube ich, grundsätzlicher an die Frage herangehen. Wir müssen uns fragen, welches Europa wir wirklich wollen. Haben wir ein gemeinsames Verständnis zwischen Iren und Deutschen, zwischen Kroaten und Franzosen, zwischen Mazedoniern und Schweden? Diese Debatte über die Finalität muss selbstverständlich von den Staats- und Regierungschefs geführt werden. Sie muss aber auch zwischen den Abgeordneten der nationalen Parlamente geführt werden. Es ist zudem nicht nur eine Frage der Eliten, sondern es ist eine Frage, die die Menschen bewegt und die wir mit den Menschen, mit den Bürgern und Bürgerinnen, diskutieren müssen.

Gibt es nicht doch eine Verbindung zwischen dem Nein, das die Franzosen und die Niederländer in ihren Referenden gegenüber dem Verfassungsvertrag ausgesprochen haben, und der Eurodistanz und dem Euroskeptizismus, die wir in vielen anderen Ländern ebenfalls erleben? Dies ist aber keine grundsätzliche Ablehnung der Europäischen Union. Die Menschen haben **hohe Erwartungen** an das, was wir gemeinsam gestalten wollen. Fragen des Klimaschutzes, Fragen des zunehmenden Wohlstandsgefälles zwischen unseren

- (C) Staaten, Fragen der Sicherheit vor Gewalt, Fragen nach sozialer Sicherheit beschäftigen die Menschen, die hierzu Erwartungen an die Europäische Union haben. Es ist klar: Soziale Unsicherheit hat eine unmittelbare Verbindung zur Gewalt. Nur diejenigen, die reich sind, können sich privat Schutz vor Gewalt sichern. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten in ihr müssen gemeinsam gegen die Probleme kämpfen, die unsere Bürger und Bürgerinnen ängstigen.

Dabei dürfen wir selbstverständlich nicht in Populismus oder billigen Protektionismus und Renationalisierung verfallen. Aber es ist klar – das sage ich durchaus auch in Richtung der Wirtschaftsliberalen –: Ein integrierter Markt braucht auch eine gemeinsame Politik; nur so kann das gewünschte Ergebnis – ein sozialer Zusammenhalt in unserem Europa – erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn dagegen eine größere Kluft entsteht, dann sagen die Menschen Nein zu Europa; denn dann sehen sie nicht, was sie von diesem Europa haben.

Ich glaube zutiefst, dass wir unsere **Informations- und Kommunikationspolitik** verbessern müssen, dass wir aufwachen müssen, dass wir Verantwortung übernehmen müssen und dass wir – ich erinnere mich an einen Vorfall gestern im EU-Ausschuss – von uns aus nicht schlecht über Europa und seine Institutionen reden dürfen.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle müssen Leidenschaft in dieser Debatte entwickeln,

(Zurufe von der FDP: Auch in Ihrer Rede! –
Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und wir müssen gemäß dem Ausspruch von Habermas Europa auf unseren Marktplätzen zum Thema machen. Nur mit den Bürgerinnen und Bürgern schaffen wir ein nachhaltiges Europa, ein handlungsfähiges Europa, ein soziales Europa. Nur im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern schaffen wir eine europäische Identität auf der Grundlage der europäischen Wertegemeinschaft.

Gestern Abend war ich bei der Präsentation der **Stipendiaten unseres IPS-Programms**.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!)

Es war wunderbar, dort diese Vielfalt und diese Zusammenarbeit von jungen Leuten aus unterschiedlichen europäischen Ländern – egal, ob sie zur EU gehören oder nicht – zu erleben. Aus dieser Zusammenarbeit erwächst Stärke. Das ist meine Hoffnung. Diese jungen Leute dürfen wir nicht alleinlassen. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und ausruhen.

Lassen Sie uns über die Zukunft der Europäischen Union gemeinsam mit den Bürgern streiten, aber lassen Sie uns Europa auch gemeinsam voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Gregor Gysi ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Westerwelle, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede über die Energiepreise gesprochen und gesagt, die Kanzlerin hätte, als sie auf die Verknappung der Ressourcen hingewiesen hat, höchstens die halbe Wahrheit gesagt; zur ganzen Wahrheit gehöre auch ein Verweis auf die Abgaben- und Steuerquote. Ich muss sagen: Auch damit ist noch nicht die ganze Wahrheit erfasst. Einen Umstand haben Sie nämlich vergessen: Die ganze **Energieversorgung** haben sich vier Konzerne in Deutschland feudal aufgeteilt, und sie nutzen diese Stellung zur Abzocke. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Deswegen haben wir immer wieder vorgeschlagen, die Energieversorgung zu rekommunalisieren, damit die Politik wieder zuständig wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Eigentlich geht es ja um Europa. Eigentlich geht es um Irland. Ich fand es gut, dass die Bundeskanzlerin hier nicht arrogant aufgetreten ist. Allerdings hat sie auch nicht einmal die Andeutung einer Lösung gemacht und, wenn man es sich genau überlegt, sogar das Gegenteil davon. Sie hat nämlich klipp und klar gesagt: Wir müssen eine Lösung mit Irland finden, aber der Vertrag von Lissabon muss bleiben. Aber nun hat die Mehrheit des Volkes in Irland Nein zu dem Vertrag gesagt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ergo müssten doch andere Vorschläge kommen.

Es gibt Reaktionen der Arroganz auch aus anderen Ländern Europas. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn man sagt, man könne sich nicht nach dieser komischen Insel richten etc. Ich finde diese Haltungen völlig unpassend und erinnere daran, dass damals, als der Verfassungsvertrag keine Mehrheiten in den Niederlanden und in Frankreich fand, zumindest nicht so arrogant reagiert wurde wie jetzt gegenüber Irland.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Aus Art. 6 Abs. 2 des Vertrages von Lissabon geht klipp und klar hervor, dass alle 27 Mitgliedsländer den Vertrag ratifizieren müssen. Irland hat nun Nein gesagt. Wir brauchen jetzt also einen **Neuanfang** und nicht technische Überlegungen, wie man tricksen kann, um das Ganze doch irgendwie durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun ist wahr: Irland hat der Beitritt zur Europäischen Union sehr gutgetan: Aus einer armen Region wurde eines der reichsten Länder in Europa. Heute liegt dort das Pro-Kopf-Einkommen höher als in Deutschland. Das liegt allerdings weniger an Irland und vielmehr an unseren Bundesregierungen, die eine falsche Politik gemacht haben; aber es ist trotzdem ein bemerkenswertes Faktum.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auch für Deutschland ist die EU wichtig. Ich sage immer, die Europäische Union garantiert, dass zwischen den Mitgliedsländern keine Kriege mehr stattfinden. Ökonomisch kann man sich so viel besser auf die globalisierte Weltwirtschaft einstellen. Das alles ist wahr. Aber warum gibt es denn dann ein Nein zum Verfassungsvertrag aus der Mehrheit der Bevölkerungen in Frankreich, in den Niederlanden und jetzt in Irland? Sind die irrational? Wollen sie einfach Europa nicht? Sind sie gar europafeindlich? Ich glaube, das ist eine Arroganz, die uns nicht zusteht. Dieses Europa wird falsch organisiert. Es schürt Ängste, und deshalb brauchen wir eine andere Herangehensweise.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was hat man denn nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs gemacht? Man hat den Vertrag ein bisschen geändert, um **Volksentscheide** zu verhindern. Das war das einzige Ziel,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

damit die Bevölkerungen in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr darüber entscheiden dürfen, andere Bevölkerungen ohnehin nicht. In Deutschland hat man dafür ja nie den Weg geöffnet, obwohl es höchste Zeit wäre.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Wie in der DDR!)

– Selbst in der DDR gab es mal einen Volksentscheid; aber das macht sie auch nicht viel besser.

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

– Sie müssen bis zum Ende zuhören! Ich sagte gerade, das macht sie auch nicht viel besser. Die Mehrheit hat Ja gesagt zur Verfassung, trotz aller Fälschung; das ist viel schlimmer. Aber das können wir dahingestellt sein lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Wenn Sie es besser können, machen Sie doch eigene Volksentscheide! Warum trauen Sie denn Ihrer Bevölkerung nicht? Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Vertrag von Lissabon erweitert tatsächlich die Parlamentsrechte; das stimmt. Aber er erweitert nicht

Dr. Gregor Gysi

- (A) nur die Parlamentsrechte, sondern er geht auch andere Wege. Er schafft zum Beispiel eine Agentur zur Aufrüstung.

(Markus Löning [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Er schafft europäische Streitkräfte, die interventionsfähig sein sollen, und zwar ohne wenigstens nationale Streitkräfte abzubauen, sondern einfach obendrauf. Außerdem regelt er keine neuen sozialen Grundrechte und geht sogar noch weiter, indem er die Kapitalfreiheiten über die **sozialen Grundrechte** stellt, zum Beispiel die Niederlassungsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit und die Kapitalverkehrsfreiheit. Die europäischen Sozialstaaten sollen zerstört werden. Das ist auch die Erfahrung der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Markus Löning [FDP]: Das ist doch Unfug!)

Ich nenne Ihnen jetzt drei **Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs**, um die Sie nicht herumkommen. Der Europäische Gerichtshof hat sich dabei auf europäisches Recht gestützt. Er hat das Streikrecht eingeschränkt. Er hat erstens ganz klar gesagt: Die schwedischen Gewerkschaften dürfen nicht zum Streik aufrufen, wenn ausländische Arbeitnehmer niedrigere Löhne als die in Schweden geltenden bekommen. Zweitens hat der Europäische Gerichtshof gesagt, die Finnen dürfen nicht streiken, wenn ein Schiff ausgeflaggt wird, damit niedrigere Löhne bezahlt werden können. Drittens hat der Europäische Gerichtshof, gestützt auf europäisches Recht, erklärt, das Vergabegesetz in Niedersachsen werde aufgehoben – ein CDU-Vergabegesetz, damit wir uns hier richtig verstehen. Und warum? Weil dort geregelt war, dass öffentliche Aufträge nur Unternehmen erteilt werden dürfen, die die ortsüblichen Tariflöhne bezahlen. Der Gerichtshof hat entschieden, dass auch Angebote zu Billigstlöhnen unterbreitet werden können, um einen öffentlichen Auftrag zu bekommen. Damit wurde klar zum Ausdruck gebracht: Profite sind wichtiger als ein würdiger Lohn. Das kann man sich nicht bieten lassen.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Konsequenz, Frau Bundeskanzlerin, hätte doch darin bestehen müssen, dass Sie Ihre Auffassung ändern und sagen: Wenn der Europäische Gerichtshof so entscheidet, führen wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein, damit klar ist, dass in Deutschland die Arbeit, die man leistet, gewürdigt wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Aber diesen Weg sind Sie nicht gegangen. Deshalb mache ich mir Sorgen, denn ich kenne die Ängste. Ich war in Sachsen und in anderen Ländern. Ich plädiere immer für die europäische Integration,

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Ach Gott, ach Gott!)

weil ich weiß, wie wichtig sie ist. Die NPD quatscht immer dagegen, verstehen Sie? Wenn Sie Ihre Politik nicht ändern, dann organisieren Sie deren Erfolge, und die will ich nicht! Das ist das Problem. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE], zur CDU/CSU gewandt: Das ist es nämlich! Ihr macht die NPD stark in Sachsen, wo ihr regiert!)

Sie haben ein **Europa der Regierungen** und nicht der Bevölkerungen und der Völker organisiert. Das ist der Fehler. Ich sage noch einmal: Einen Weg zu gehen, bei dem Volksentscheide verhindert werden, ist falsch. Wir müssen die Mehrheit der Völker in Europa für diesen europäischen Integrationsprozess gewinnen. Dazu brauchen wir einen anderen Vertrag als den von Lissabon.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Einiges kann man übernehmen, aber anderes müssen wir anders regeln.

Wenn Sie mir das Ganze nicht glauben, dann erlauben Sie mir, dass ich Jürgen Habermas zitiere, der am 17. Juni dieses Jahres in der *Süddeutschen Zeitung* geschrieben hat:

Die aufgeschreckten Regierungen wollen nicht ratlos erscheinen, sie suchen nach einer technischen Lösung. Diese läuft auf eine Wiederholung des irischen Referendums hinaus. (D)

– Auch Sie, Frau Bundeskanzlerin, waren nicht anders zu verstehen. –

Das ist der pure Zynismus der Macher gegenüber dem verbal bezeugten Respekt vor dem Wähler – und Wasser auf die Mühlen derer, die munter darüber diskutieren, ob nicht die halbautoritären Formen der andernorts praktizierten Fassadendemokratien besser funktionieren.

An anderer Stelle schreibt er:

Der Ministerrat sollte über seinen Schatten springen und mit der nächsten Europawahl ein Referendum verbinden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Das wäre richtig. Was wir brauchen, ist ein Neuanfang und nicht Tricks, um das Alte fortzusetzen. Was wir brauchen, ist ein Europa der Völker. Sie aber wollen nur ein Europa der Regierungen, und das reicht nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Stübgen, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Michael Stübgen** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fakten, über die wir heute diskutieren, sind schnell aufgezählt: In der vergangenen Woche haben 46 Prozent der irischen Bevölkerung beim Referendum zum Lissabon-Vertrag mit Ja und 53,4 Prozent mit Nein gestimmt. Die Wahlbeteiligung lag bei 53 Prozent, was für ein Referendum relativ hoch ist. Die Konsequenzen dieses Ergebnisses sind genauso einfach erklärt: Bleibt es beim **irischen Nein**, kann der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft treten.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es zu einem der unverrückbaren Grundsätze der Europäischen Union gehört, dass gemeinsame Verträge von jedem einzelnen Mitgliedsland nach den dort geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen ratifiziert werden müssen. Aber kaum jemand kann und will mit diesem Ergebnis leben, nicht einmal Irland selbst. Das muss man deutlich sagen.

Von der Linken haben wir gerade gehört, es sei Arroganz gegenüber Irland, wenn wir darüber nachdenken, wie man eine Lösung finden kann und wie aus dem irischen Nein vielleicht ein Ja werden kann. Das ist nicht Arroganz; denn die irische Regierung selber hat nicht ausgeschlossen, dass es einen solchen Weg geben könnte.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die hatte auch schon Ja zu Lissabon gesagt!)

(B) Ist es Arroganz, wenn man auf diejenigen hört, bei denen der Schlüssel zu einer möglichen Lösung liegt?

Interessant ist auch die Reaktion der einzigen Partei in Irland, die massiv für ein Nein beim Referendum geworben hat, die Partei **Sinn Féin**. Sie erging sich in den letzten Tagen nicht in reinem Jubel und blanker Häme, sondern sie machte eher den Eindruck, als sei es ihr etwas mulmig zumute; denn ein solches Ergebnis wollte diese Partei auch nicht. Sie macht jetzt Vorschläge – das ist doch überraschend –, wie der Vertrag aussehen müsste, damit ein neues Referendum in Irland zu einem Ja führt.

Was diese Partei fordert und wie in Irland vor dem Referendum von den Gegnern des Lissabon-Vertrages diskutiert wurde, zeigt das Problem. Sinn Féin sagt, dass es mindestens einen irischen Kommissar mit Ewigkeitsgarantie geben muss. Es soll für Irland weitestreichende Vetomöglichkeiten bei allen möglichen politischen Prozessen geben. Hinzu kommt noch eine ganze Reihe von anderen nationalen Interessen, die man aus irischer Sicht durchaus verstehen kann. Das Problem ist aber das Folgende: Eine EU mit 27 und mehr Mitgliedern kann nicht funktionieren, wenn ein Land von den anderen verlangt, das und das zu tun, aber nicht darüber reden will, was die anderen wollen. Das ist das Problem, was sich gerade an der Reaktion von Sinn Féin abzeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich will ein paar Sätze zu den möglichen **Konsequenzen** sagen, die aus dem irischen Nein entstehen können. Die erste Konsequenz liegt klar auf der Hand: Wenn wir

den Lissabonner Vertrag nicht umsetzen können, dann werden wir weiter mit dem Vertrag von Nizza arbeiten müssen. Ich sage: Das wird nicht dazu führen, dass die Europäische Union untergeht und auseinanderfällt oder was sonst noch für Katastrophenszenarien in die Diskussion gebracht werden. Aber wir alle wissen, dass die vertragliche Grundlage von Nizza der Europäischen Union keine ausreichende institutionelle Grundlage für 27 und mehr Mitgliedsländer gibt. Wir alle wissen, dass die vertragliche Grundlage von Nizza der Europäischen Union nicht die ausreichende demokratische Legitimation und Kontrolle der EU-Gesetzgebung gewährleistet. Wir alle wissen auch, dass der Vertrag von Nizza den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht genügend Flexibilität bietet. Ich könnte noch eine ganze Reihe von Defiziten dieses Vertrages, auf dessen Grundlage wir jetzt arbeiten, aufzählen.

Das Wichtigste und Entscheidende ist: Wenn wir weiter auf der Basis des **Vertrages von Nizza** arbeiten müssen, wird sich das verstärken, was wir in der Europäischen Union zu Recht beklagen – dies ist bisher von allen Rednern angesprochen worden –, nämlich die Distanz zwischen dem, was in europäisches Recht gesetzt wird, und dem Verständnis der Bürger davon, wie solches Recht eigentlich entsteht, und den Bedenken, ob das auch ausreichend kontrolliert wird, die in weiten Teilen der Bevölkerung zu Recht vorhanden sind. Das wird sich eher verstärken, wenn wir beim Vertrag von Nizza bleiben, dessen Defizite wir mit dem Vertrag von Lissabon beheben wollten. Das heißt, wir haben ein Dilemma. Viele derjenigen, die in Irland, aber auch in anderen Ländern – auch in Deutschland – Nein zum Vertrag von Lissabon sagen, sagen Nein zu einer Situation, die wir gerade mit dem Vertrag von Lissabon verbessern wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb gibt es zum Lissabon-Vertrag keine **Alternative**.

Ich möchte eines kurz ansprechen – darüber wird glücklicherweise öffentlich fast nicht debattiert –: Es gibt keine Möglichkeit, dass wir den Lissabon-Vertrag in der Europäischen Union in irgendeiner Weise ohne Irland einführen. Dies wäre nicht nur politisch falsch. Ein hinreichender Grund ist auch: Es geht nicht. Wir sitzen alle in einem Boot. Wir können nur alle gemeinsam eine Lösung finden.

Die bisherigen Reaktionen der Regierungen, vieler Parlamentarier, des Europäischen Parlaments und vieler Menschen auf das Referendum in Irland geben mir aber die Hoffnung, dass wir eine Lösung finden werden. Alle haben verstanden, dass wir uns bei der Suche nach einer Lösung auf einem sehr schmalen Grat befinden. Einerseits wäre es völlig falsch, jetzt Frust und Ärger an Irland auszulassen und den Eindruck zu vermitteln: Wenn so ein kleines Land so etwas macht, dann werden wir ohne es weitergehen. Das wäre völlig falsch; das macht auch keiner. Genauso falsch wäre es allerdings, so zu tun, als wäre gar nichts passiert, als hätte dies keine Konsequenzen und als würde nicht in erster Linie die Notwendigkeit bestehen, dass sich Irland Gedanken macht, welches Europa es haben möchte. Denn Irland

Michael Stübgen

- (A) bzw. die irische Bevölkerung will nicht weiterhin auf der Grundlage des Nizza-Vertrages in der Europäischen Union arbeiten.

Zum Weiteren ist sehr wichtig – auch daran halten sich alle, die sich öffentlich äußern –: Es ist völlig fehl am Platz, jetzt wohlfeile und gutgemeinte Ratschläge an die irische Regierung zu geben, was alles sie jetzt schnell tun müsste, um endlich wieder mit uns vernünftig arbeiten zu können. Das weiß die irische Regierung selber. Sie wird es uns auch mitteilen. Wir müssen die Langmut haben, darauf zu warten.

Ich glaube, der einzig richtige Weg ist jetzt – in nahezu allen Mitgliedstaaten ist diese Tendenz zu erkennen –, dass wir die **Ratifizierungen** in denjenigen Mitgliedsländern, in denen sie noch nicht abgeschlossen worden sind, zu Ende führen. Ich bin ausgesprochen erfreut, dass das gestern Abend in Großbritannien geschehen ist. Sie alle wissen, wie kompliziert die innenpolitische Situation in Großbritannien ist.

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich es sehr begrüße – ich denke, wir alle begrüßen dies –, dass das **Bundesverfassungsgericht** gestern erklärt hat, dass es das Beschwerdeverfahren zum Vertrag von Lissabon zu Ende führen wird, sodass auch wir in Deutschland – das konnten wir beim Verfassungsvertrag nicht – den Ratifizierungsprozess zu Ende führen können. Bisher hat niemand die Tür zugeschlagen. Das war anders nach den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zum Verfassungsvertrag. Wenn wir nachhaltig, aber auch klar vorangehen, werden wir zu einer Lösung kommen.

- (B) Noch ein letzter Aspekt. Ich habe in der Europapolitik immer wieder folgende Erfahrung gemacht: Die Europäische Union – vorher: Europäische Gemeinschaft – war in den letzten 50 Jahren sehr oft in extrem kritischen Situationen. Sie hat es aber immer wieder geschafft, sie hat immer das Potenzial gehabt, diese kritischen Probleme zu lösen. Dieses Potenzial zeichnet die Europäische Union auch heute aus. Deshalb stehen wir, glaube ich, nicht am Ende einer wichtigen Reform und Entwicklung in der Europäischen Union, sondern am Anfang.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Bundeskanzlerin, die Grünen haben Ihnen schon vor zwei Wochen in einem Brief mitgeteilt, dass es sinnvoll wäre, vor dem Europäischen Rat eine Regierungserklärung abzugeben. Ihr Kanzleramtschef, Herr de Maizière, rief bei uns an und fragte: Warum eigentlich? Auf dem Europäischen Rat steht doch gar nichts Entscheidendes an. – Meine Damen und Herren, so kann man sich täuschen. Sie haben nach dem alten kölschen Motto „Et hätt noch immer jot jejangt“ agiert.

- (Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nichts gegen das Rheinland!) (C)

Und jetzt stehen Sie – das hat Ihre Regierungserklärung offenbart – ohne Plan B da.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: C!)

– Vielleicht auch ohne Plan C.

Die Situation ist schwierig. Wir hätten heute gerne eine Antwort auf die Frage bekommen, wie man aus dieser schwierigen Situation wieder herauskommen kann. Schließlich ist im nächsten Juni **Europawahl**. Wie viele Abgeordnete werden dann gewählt? 736 oder 751? Drei Deutsche mehr oder drei Deutsche weniger? Das sind noch die einfachsten Fragen in diesem Zusammenhang. Ein bisschen mehr als die Aussage, dass man mit dem irischen Ministerpräsidenten über diese Fragen sprechen werde, hätten wir von Ihnen in einer Regierungserklärung vor dem Europäischen Rat schon erwartet, Frau Merkel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses eigentümliche Schweigen und diese Hinterzimmerdiplomatie sind Gründe, warum Europa vielfach so wenig populär ist.

Lieber Gregor Gysi, ich stimme Ihnen ja zu: Nicht jede Neinstimme in **Irland** war eine Stimme gegen Europa. Machen wir uns aber nichts vor: Ohne katholische Abtreibungsgegner, ohne eine subventionsgierige Agrarindustrie, ohne die markradikale Murdoch-Presse und ohne die IRA wäre es nicht zu dieser Mehrheit gekommen. Sie sollten mit Ihrem Beifall etwas vorsichtiger sein, gerade wenn Sie es ernst meinen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich muss man das Votum der Iren respektieren und ernst nehmen. Genau das haben doch alle in Europa erklärt. Wir müssen mit den Iren eine Lösung finden. Das, was Sie vorschlagen, ist aber keine Lösung. Sie sagen: 3 Millionen Iren haben mehrheitlich mit Nein gestimmt. Organisieren wir doch einfach einen **europaweiten Volksentscheid** über diese Frage; denn dann fallen die 3 Millionen Iren nicht mehr so sehr ins Gewicht. Das ist arrogant, lieber Kollege Gysi, und nicht der Vorschlag, auf die Iren zuzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Land für Land hat er gesagt! – Widerspruch des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

Ihr Vorschlag zeugt zudem von massiver Unkenntnis; denn solch ein europaweiter Volksentscheid wäre nur nach einer Vertragsänderung möglich, die der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedürfte. Dieser Vertragsänderung müsste die irische Bevölkerung in einem nationalen Plebiszit zustimmen. Mit Ihrem Vorschlag haben Sie sich selbst ins Knie geschossen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und

Jürgen Trittin

- (A) der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie haben es nicht verstanden!

Deswegen sage ich: Es gibt keine Alternative zu dem Versuch, diesen Prozess, der vor acht Jahren begonnen hat, erfolgreich zu Ende zu bringen, und zwar mit den Iren. Was waren das für acht Jahre? In diesen acht Jahren haben wir eine US-Administration erlebt, die die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht hat. Wir erleben zurzeit den zweiten globalen Finanzcrash in diesen acht Jahren: Nach der New-Economy-Blase platzt jetzt auch die Immobilienblase. In diesen acht Jahren haben wir einen atemberaubenden Aufstieg von Indien und China erlebt – ökonomisch wie politisch – und die Rückkehr Russlands auf die Bühne der Weltpolitik. Das ist die Welt, in der wir alle in Europa leben. Das ist die Welt, in der wir ein handlungsfähiges und demokratisch stärkeres Europa brauchen, kein Zurück zum Nationalstaat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen dürfen wir nicht noch einmal acht Jahre verlieren. Wir müssen mit offenem Visier für ein demokratisches und handlungsfähigeres Europa streiten. Was hieße es, wenn der Vertrag von Lissabon **scheitern** sollte? Das hieße keine verbindliche Grundrechtecharta mit individuell einklagbaren Rechten. Das hieße keine Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem Wettbewerbsrecht. – Ihre Beispiele stimmen. Aber Sie kritisieren damit den jetzigen Vertragszustand, dessen Basis der Vertrag von Nizza ist. Dieser muss überwunden werden.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Scheitern hieße auch, keine Einführung der europäischen Bürgerinitiative, kein Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und keine Ausweitung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle über die polizeiliche Zusammenarbeit. Das alles hieße es, wenn der Vertrag von Lissabon scheitern sollte.

Ich habe hier bewusst zitiert. Diese Sätze stammen nicht von einem Grünen, sondern von Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann. Sie muss es wissen. Sie war nämlich die Vertreterin der Linken in dem Konvent, der diesen Vertrag öffentlich vorbereitet hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen mit den fahrlässigen Reden über Europa aufhören. Fahrlässig ist es übrigens, diese Debatte damit zu beginnen, **Atomkraft** als einen Superbeitrag zum Klimaschutz vorzuschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Westerwelle, diese Position sollten Sie einmal in Irland zur Abstimmung stellen vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die dieses Land mit der Wiederaufbereitungsanlage von Sellafield und den britischen Atomkraftwerken gemacht hat. Ich garantiere Ihnen,

dass in einem solchen Fall die Zahl der Neinstimmen noch höher ausfallen wird, als es dieses Mal der Fall war. Das ist ein ganz falscher Ratschlag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es muss Schluss sein mit der **Doppelzüngigkeit** in den Reden über Europa. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, Frau Merkel, man sei für Klimaschutz, aber auf der anderen Seite in Europa die Richtlinie über den Emissionshandel im Luftverkehr blockieren. Sie haben mit Herrn Sarkozy Regelungen über den Verbrauch von Autos vereinbart, die sogar hinter die Selbstverpflichtungen der Automobilindustrie zurückfallen. Das ist doppelzüngig. Das beschädigt das Ansehen und die Glaubwürdigkeit von Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Kritik soll aber nicht einseitig ausfallen. Man kann nicht wie Herr Beck ein soziales Europa fordern und dann von 2005 an zusammen mit Großbritannien die Verabschiedung der **Arbeitszeitrichtlinie** in Europa blockieren. Was ist am Ende herausgekommen? Herausgekommen ist eine Erhöhung der Mindestarbeitszeit. Es ist jetzt möglich – das feiert die SPD als Erfolg –, 65 Stunden in der Woche zu arbeiten, Ärzte sogar 90 Stunden. Ich sage Ihnen: Wem das Interesse von Krankenhausträgern wichtiger als die Schutzrechte von Krankenschwestern ist, der versündigt sich an Europa. Das ist unser Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine letzte Bemerkung. Man kann mit mir gerne über **Bürokratieabbau** reden. Aber was macht Deutschland? Wenn die EU-Kommission vorschlägt, die 36 Vorschriften über Obst und Gemüse, darunter die legendäre Vorschrift über die Krümmung der Salatgurke, zu streichen, dann ist Deutschland dagegen. Man kann zwar Herrn Stoiber nach Brüssel schicken, aber in dieser Frage verteidigt man die Bürokratie gegen Bemühungen zur Entbürokratisierung Europas.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Anschließend erklären Sie hier, Europa sei bürokratisch. Das ist doppelzüngig. Das ist der Grund, warum wir solche Probleme mit mehr Demokratie und mehr Europa haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Axel Schäfer.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles von dem, was Jürgen Trittin gesagt hat, war richtig; das, was er in Richtung Bundesregierung gesagt hat, war falsch. Das zeigt sich vor allen Dingen daran, dass diese Bundesregierung in der Kontinuität dessen, was unter Rot-Grün begonnen worden ist, innerhalb der Eu-

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) ropäischen Union ein hohes Ansehen genießt, vieles vorangebracht hat und mit ihrer Ratspräsidentschaft Wegweisendes für die Zukunft dieses gemeinsamen Europas geschaffen hat. Deshalb sind wir mit dieser Bundesregierung auf einem gemeinsamen europapolitischen Kurs.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf der grünen Insel haben viele ein blaues Wunder erlebt; dennoch sollten wir weder schwarzsehen noch die Ampel auf Rot stellen. Lassen Sie uns die Debatte heute selbstbewusst und selbstkritisch zugleich führen. Wir können das aber nicht machen, lieber Kollege Gysi, indem wir hier alle populistischen Vorurteile bedienen, draufsatteln, übertreiben, manches falsch darstellen, und uns hinterher darüber beklagen, dass es Europaskeptizismus gibt. So geht es eben nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Wenn wir diese Debatte führen, dann lassen Sie uns in diesem Hause – hier gab es einige Zurufe zum Thema Volksabstimmung – ehrlich über **Plebiszite** reden. Ja wohl, in Irland hat man mit Nein votiert. Beim Referendum davor in Luxemburg hat man mit Ja votiert, beim Referendum in Frankreich mit Nein und beim Referendum in Spanien mit Ja. Wir haben seit 1972 in 19 Ländern in Europa Erfahrungen mit Volksabstimmungen. Ich kann sie Ihnen alle in Ruhe erläutern. Das muss hier jetzt nicht sein; aber Sie können gerne auf das Angebot zurückkommen.

- (B) Wir haben die Erfahrung gemacht, dass alle 15 grundlegenden Entscheidungen hinsichtlich eines Ja oder Nein zu diesem Europa positiv verlaufen sind. Hier bildet nur Norwegen die Ausnahme, was wir heute noch bedauern. Aber es gibt Unterschiede: In Irland oder Frankreich stimmt man alle fünf bis zehn Jahre ab, in den Niederlanden nur alle 200 Jahre. Das führt dazu, dass an diesem einen Tag, an dem man so einfach öffentliche Wut erzeugen kann, nun Probleme hochschäumen, die Sachaufklärung in den Hintergrund tritt. Diese Abstimmung geschieht außerhalb der normalen politischen Arbeit in einer repräsentativen oder auch einer direkten Demokratie. Deshalb ist es an der Stelle schiefgelaufen.

Wir wissen – ich sage das als ausdrücklicher Befürworter für meine Fraktion – hinsichtlich der direkten Demokratie: Dort, wo die Volksabstimmung eine Ergänzung zur repräsentativen Demokratie ist, zum Beispiel in der Schweiz, wo sie alle drei bis fünf Monate stattfindet, werden auch Sachentscheidungen getroffen und nicht Wut gegen Regierungen, Ausländer oder andere zum Ausdruck gebracht. Da funktioniert es. Wir bemühen uns weiter, unsere geschätzten Koalitionspartnerinnen und -partner, vor allen Dingen die CDU, davon zu überzeugen, das Grundgesetz dahin gehend zu ergänzen. Die FDP war in dieser Hinsicht halbe-halbe. Die Grünen wissen wir an unserer Seite. Mal schauen, wie weit wir mit diesem Vorhaben kommen. Es ist nicht vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht auch um unsere Verantwortung. Lassen Sie mich das ganz offen sa-

gen. Es gibt zuerst eine **Verantwortung der Bundesregierung**, die sie heute wahrnehmen wird. Das, was die Bundeskanzlerin ausgeführt hat und was der Außenminister repräsentiert, ist die Linie unserer Fraktion und unserer Koalition. Es ist die richtige Linie, und es ist gut, dass wir das heute vor dem Europäischen Rat noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt auch die **Verantwortung des Bundespräsidenten**. Ich sage für meine Fraktion: Wir würden uns sehr freuen, wenn Horst Köhler nach der Ratifizierung unterschreibt, sehr wohl respektierend, dass die Urkunden nicht vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Rom übersandt werden. Wir freuen uns auch, dass das Bundesverfassungsgericht das Verfahren annimmt und nicht wie beim Verfassungsvertrag zuwartet. Es kann nicht sein, dass wir so lange warten, bis überall ratifiziert wird, während an anderer Stelle nicht ratifiziert wird, weil wir es in Deutschland noch nicht getan haben.

Sowohl in Richtung der Bundeskanzlerin als auch in Richtung von Herrn Huber, in Richtung von Herrn Westerwelle genauso wie in Richtung von Herrn Kuhn und Frau Künast und natürlich auch in Richtung von Kurt Beck und Frank-Walter Steinmeier – da weiß ich es in guten Händen – sage ich hier ganz bewusst, weil wir uns in unseren Fraktionen im Rahmen des europäischen Verfassungsbogens in Partefamilien bewegen: Bitte sorgen Sie überall dort, wo Sie es können, in Ihren Partefamilien in anderen Ländern, in denen jetzt noch die Ratifizierung aussteht – wir sind in der glücklichen Situation, dass Liberale, Christlich-Konservative, Grüne und Sozialdemokraten in Regierungen vertreten sind, die noch ratifizieren müssen; ich denke an Schweden, Zypern, Tschechien und Spanien –, dafür, dass wir als deutsche Europäer im Dialog mit unseren Schwestern und Brüdern in diesen Partefamilien unseren Beitrag leisten, sodass den Regierungen in diesen Ländern die Ratifizierung gelingt. Dann kann die Ratifizierung in 26 Ländern abgeschlossen werden. Lassen Sie uns das machen. Das ist unsere Verantwortung. Dort, wo wir einbezogen werden, können wir das leisten. Hier sollten wir uns bewusst mit einklinken.

Weil man schon am Anfang das Ende bedenken sollte – es geht schließlich darum, erfolgreich abzuschließen –, will ich ganz offen Folgendes ansprechen: Es gibt bereits Erfahrungen mit Referenden. Man kann sie so oder so anlegen. Manche französischen Präsidenten haben zum Beispiel versucht, damit die Opposition zu spalten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Abstimmung in Frankreich über den Beitritt von Dänemark, Irland und Großbritannien.

Ich glaube, der Einzige, der einmal ein hochkontroverses Referendum so angelegt hat, dass es „europagemäß“ war, war Harold Wilson, und er tat dies in einem sehr zerrissenen Land. Es ist klar, dass wir unseren irischen Kolleginnen und Kollegen keine Ratschläge geben – denn Ratschläge sind immer auch Schläge –, aber darauf möchte ich hinweisen. Letztlich müssen Regie-

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) rung und Parlament in Dublin selbst entscheiden, was sie tun.

Harold Wilson hat damals angesichts der großen Probleme in **Großbritannien** nach einer Nachverhandlung in Brüssel entschieden, mit einem Referendum vor das Volk zu treten. Er sagte: Bei der Abstimmung geht es darum, dass nach dem Ergebnis der Verhandlung mit Ja gestimmt wird. Wenn eine Mehrheit ablehnt, dann wird Großbritannien austreten. – Um diese Alternative ging es im Jahre 1975. Im Ergebnis stimmte eine große Mehrheit für die geplanten Veränderungen und für den Verbleib Großbritanniens in der EG.

Gerade wir, die wir Irland in der Europäischen Union halten wollen, müssen auch ein bisschen in diese Richtung denken. Für das Europa des 21. Jahrhunderts muss klar sein: Es gibt kein Europa des 20. Jahrhunderts mehr. Die Welt wartet nicht auf uns. Wir haben eine Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich darauf hinweisen: Es kommt nicht nur darauf an, was wir zu Europa sagen, sondern auch darauf, wie wir es sagen. Wir müssen aus Überzeugung handeln und auch das Positive darstellen. Wir dürfen aber nicht so tun, als kämen alle Probleme aus der EU.

Leider haben wir es nach der deutschen Einigung nicht geschafft, den Text der *Kinderhymne* von Bert Brecht zu unserer Nationalhymne zu machen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

In Abwandlung von Brecht könnte man mit Blick auf die EU sagen:

Weil Europa wir verbessern,
Lieben und beschirmen wir's.
Und das liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihr's.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das hat Brecht aber in Bezug auf Deutschland gesagt, Herr Kollege! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ist aber auch ganz gelungen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat für die FDP-Fraktion der Kollege Markus Löning das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Nachdem die Briten im Hinblick auf die EM ihre Opt-out-Möglichkeit wahrgenommen haben, finde ich es sehr begrüßenswert, dass das Oberhaus gestern den Vertrag

von Lissabon ratifiziert hat. Das sollten wir alle gemeinsam begrüßen. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Gysi, an Ihrer Rede war bemerkenswert, dass Sie meinen, sich von der **NPD** abgrenzen zu müssen. Ich muss Ihnen aber sagen: Was diese Frage betrifft, sitzen Sie mit der NPD in einem Boot.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Ihre Partei fährt nämlich einen europafeindlichen und integrationsfeindlichen Kurs.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist unglaublich, was Sie da machen! Sie wissen es besser, Herr Löning!)

Meine Damen und Herren, wenn wir das Ergebnis der Abstimmung in Irland ernst nehmen, müssen wir uns die Frage stellen: Wie wollen wir in Zukunft **weitere Reformschritte** innerhalb der EU gehen? Natürlich wollen wir gemeinsam vorgehen, soweit es irgendwie möglich ist. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es mit 27 oder womöglich 28 Ländern, wobei ein Partner alle anderen blockieren kann, so gut wie unmöglich sein wird, weiterhin im gleichen Tempo vorzugehen. Es ist legitim, darüber nachzudenken, wie wir weitere Integrationschritte machen können, wie wir also die Mechanismen und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union gegebenenfalls anders gestalten können. (D)

Natürlich ist es wünschenswert, auf der Grundlage von Lissabon zu handeln. Denn das heißt, dass wir innerhalb des Rechtsrahmens der Europäischen Union vorgehen, mit parlamentarischer Kontrolle durch uns und mit parlamentarischer Kontrolle durch das Europäische Parlament. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir auch wenn der Vertrag von Nizza gilt, bei der Integration voranschreiten müssen. Es wird dann allerdings wesentlich schwieriger werden, es werden ganz andere Aufgaben auf uns als Bundestag zukommen. Wir werden uns wesentlich mehr in die Debatten einklinken müssen, als wir das in den letzten Jahren getan haben.

Lassen Sie mich zum Schluss meiner leider sehr kurzen Redezeit darauf eingehen, wie wir – das ist mehrfach angesprochen worden – bei unseren Bürgerinnen und Bürgern mehr **Akzeptanz für die Europäische Union** bekommen. Wir müssen uns trauen, offensiv über die Erfolge der Europäischen Union zu reden. Wir tun das bisher nicht; dabei will ich mich persönlich nicht unbedingt ausnehmen. Ich will ein Beispiel nennen, wo die Bundesregierung etwas Gutes tun könnte: Sorgen Sie dafür, dass die volle Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus EU-Staaten endlich auch in Deutschland gilt!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ducken Sie sich an dieser Stelle nicht weg, sondern setzen Sie ein klares politisches Signal für die europäische Integration und für ein „Herzlich willkommen!“ an unsere Nachbarn! Es ist nämlich auch im Sinne unserer

Markus Löning

- (A) Bürger, wenn die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit endlich auch in Deutschland gilt.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Gunther Krichbaum für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kollegen in diesem Haus, wie es nach dem irischen Referendum weitergeht. Herr Trittin, es gibt keinen Plan B; der Vertrag, über den die Iren abgestimmt haben, war gerade dieser Plan B. Es darf auch kaum verwundern, dass bei einem derart komplexen Vertragswerk nicht noch Pläne C, D, E, F, G – bis wir das Alphabet durchhaben – in der Schublade liegen.

Es stellt sich die Frage, wie wir mit dieser Situation umgehen und welche Botschaft insbesondere von unserer heutigen Debatte ausgehen kann. Die zentrale Botschaft muss sein – das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel betont –, dass die **Ratifizierungsverfahren** in den Ländern, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben, weitergehen müssen. Das ist eine wichtige Botschaft. Ich kann nur unterstreichen, was Kollege Löning hervorgehoben hat: Es ist gerade in der jetzigen Zeit wichtig, dass gestern Großbritannien den Vertrag von Lissabon ratifiziert hat. Das ist ein positives Signal für den weiteren Prozess.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Axel Schäfer [Bochum] [SPD])

Denn was wären die **Alternativen**? Wir könnten sagen: Wir tun gar nichts. Damit respektieren wir logischerweise das Referendum, das in Irland zustande kam. Aber zu Ende gedacht wissen wir, dass dies keine Alternative sein kann. Das ist das Problem bei den Volksabstimmungen, die immer wieder debattiert werden: Bei einer Volksabstimmung ist es wichtig, dass eine seriöse Alternative vorhanden ist. Wie soll die in diesem Fall aussehen?

Man muss den Menschen klipp und klar sagen: Wer den Vertrag von Lissabon nicht will, ist automatisch für den Vertrag von Nizza. Doch dieser Vertrag ist gerade der Grund für die jahrelangen Bemühungen, für die zähen Verhandlungen, für das Verfassungsprojekt gewesen: weil wir diesen Schritt nach vorne gehen wollen, weil wir auch den Staaten des westlichen Balkans eine europäische Perspektive geben möchten, die zu mehr Stabilität in der Region führt. All das geht nicht mit dem Vertrag von Nizza. Die Obergrenze ist in diesem Fall mit 27 Mitgliedstaaten gezogen. Das wissen all diejenigen, die sich hiermit im Detail auseinandersetzen. Deswegen ist es wichtig für das Projekt Europa, dass wir an dieser Stelle vorankommen und das, wofür wir so lange gekämpft haben, zum Erfolg führen.

Logischerweise kann ein neuer Vertrag keine Alternative bilden; denn auch für einen neuen Vertrag – das haben Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier gesagt – wäre die Einstimmigkeit Voraussetzung. Eben-diese Einstimmigkeit kam aber nicht zustande. (C)

Wie kann eine Lösung aussehen? Es ist in der Tat ein schmaler Grat zwischen dem zu respektierenden Referendum und dem Wunsch, weiterzukommen. Hier ist zu allererst das Mitgliedsland Irland gefordert. Irland muss Vorschläge für einen Weg aus dieser Krise vorlegen. Im Falle Dänemark – er wurde jetzt oftmals zitiert – geschah dies nach dem Scheitern des Vertrages von Maastricht durch die Edinburgher Vereinbarung. Ob hier flankierende Erklärungen abgegeben werden können, damit es möglich wird, zu einem späteren Zeitpunkt zuzustimmen, müssen wir sehen. Ich glaube aber, eines muss klar sein – das muss auch die klare Botschaft an Irland sein –: Ein Wiederaufschneiden des Paketes, also ein Wiederaufschneiden des Vertrages von Lissabon, kann es nicht geben; denn sonst müssten wir überall wieder von vorne anfangen. Das heißt: Der Ratifizierungsprozess müsste in allen Mitgliedstaaten von vorne losgehen. Ich glaube, dafür hätten die Bürger am allerwenigsten Verständnis – schon gar nicht in den Ländern, in denen bereits erfolgreich ratifiziert wurde. Ich gebe nur zu bedenken: Gerade in Spanien gab es ein positives Referendum zur europäischen Verfassung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen stellen sich – banal – die Fragen: Wo ist der Schaden? Wo ist der Nutzen? Einen Schaden durch einen nochmaligen Anlauf, also ein neuerliches Referendum, das in Irland zwingend vorgeschrieben ist, sehe ich langfristig nicht. Ich sehe aber einen Nutzen. Deshalb sollte man diesen Weg beschreiten. Wie bereits gesagt: Ansonsten würde der Vertrag von Nizza weiter gelten. (D)

Der **Vertrag von Nizza** ist aber für ein Europa der 15 Mitgliedstaaten gemacht worden. Man kann es sich bildlich so vorstellen, dass das die Kinderschuhe des integrierten Europas waren, die aber längst an allen Ecken und Enden drücken, weil wir ein Europa der 27 Mitgliedstaaten geworden sind. Deswegen brauchen wir ein größeres Schuhwerk, um die nächsten Schritte gehen zu können.

Gerade in den letzten Tagen wurde ich häufig auf **Kroatien** angesprochen. Ich möchte klarstellend sagen: Natürlich kann auf der Grundlage des Vertrages von Nizza vorläufig kein weiterer Erweiterungsschritt folgen. Zunächst sind die Kandidatenländer aber auch ihrerseits gefordert, die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erfüllen. Hier bleibt auch für Kroatien noch eine Menge zu tun. Wir wissen das aufgrund der Fortschrittsberichte. Deswegen kann an dieser Stelle durchaus eine kleine Entwarnung hinsichtlich der Sorgen gegeben werden, die gerade diese Länder haben. Ich sehe dies langfristig nicht als gefährdet an, weil wir, so denke ich, mit dem Vertrag von Lissabon bis dato weitergekommen sein werden.

Gunther Krichbaum

(A) Im Ergebnis gilt deswegen: Wir brauchen den Vertrag von Lissabon, wenn wir zu einem Mehr an Transparenz kommen möchten, sodass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft sehr gut nachvollziehen können, wofür Europa zuständig ist und wofür die einzelnen Mitgliedstaaten zuständig sind. Genau die Tatsache, dass sie diese klaren Zuständigkeiten und Abgrenzungen nicht kennen, führt bei den Bürgern oft zu einer gewissen Verdrossenheit. Also ist der Vertrag von Lissabon an dieser Stelle die Lösung für die Probleme vieler Bürger und nicht das Problem.

Europa wird handlungsfähiger, weil nicht nur die Anzahl der Mitentscheidungsverfahren des Parlamentes, sondern vor allem auch die Anzahl der Mehrheitsentscheidungen zunimmt. Das heißt, wir entblockieren uns selbst an vielen Punkten. Damit ist auch das Ende von vielen zähen Nachtsitzungen in Sicht. Auch dieses Signal können wir hier den Bürgern geben. Daneben wird es auch demokratischer, weil es mehr Mitsprachemöglichkeiten des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente – insbesondere des Bundestages – geben wird.

Deswegen: In dieser zugegebenermaßen jetzt schwierigen Situation brauchen wir einen Erfolg; denn die Bürger erwarten in der Tat, dass wir Antworten liefern und die politische Nabelschau beenden, in der wir in den letzten Jahren gefangen waren. Das heißt im Klartext: Wir müssen Lösungen für die drängenden Probleme hinsichtlich der Energiesicherheit, der Energieversorgungssicherheit und des internationalen Terrorismus sowie im Bereich des Klima- und Umweltschutzes liefern. Europa ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung; denn den Herausforderungen, die uns hier bevorstehen – aus den USA und aus Fernost –, kann kein Mitgliedstaat alleine begegnen, sei er für sich genommen auch noch so groß. Genau hier brauchen wir Europa. Das erkennen auch die Bürger.

Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung. Ich glaube, die jetzige Diskussion zeigt auch, dass ein Angebot an jene Staaten notwendig ist – damit kann ich an das anknüpfen, was mein Kollege Löning bereits festgestellt hat –, die den Wunsch haben, stärker voranzugehen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Es ist klar, dass die politische Union der Europäischen Union nur dann handlungsfähig und glaubwürdig ist, wenn wir zusammenstehen. Nur dann können wir gemeinsam die Ziele durchsetzen. Es gibt aber Vorhaben, die wir besser voranbringen können, wenn sich Staaten zusammentun. Ich sehe ein **Kerneuropa** nicht als negativ an. Wenn es nicht wie ein Kirschkern oder Pfirsichkern bleibt, sondern ein Kern im Sinne eines Magneten wird, der andere mitzieht und dann auch eine vertiefte Integration zulässt, dann haben wir, glaube ich, die Bürger auch wieder stärker auf unserer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Dieter Dehm ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vertrag von Lissabon war der Versuch, die gescheiterten Inhalte in einer anderen Form durchzuzwingen. Er ist gescheitert. Laut Umfragen dieser Woche sind in England zwei Drittel der Bevölkerung gegen den Lissabon-Vertrag; die Regierung ist dafür. In Frankreich ist in sämtlichen Umfragen eine stabile Mehrheit dagegen; Sarkozy ist dafür.

In Deutschland gibt es, seitdem die *Bild*-Zeitung von einer 75-prozentigen Mehrheit gegen den EU-Verfassungsvertrag berichtet hat, merkwürdigerweise keine breite Umfrage mehr.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Linkspartei und Bild-Zeitung! So, so!)

Kollege Löning, ersparen Sie uns bitte solche Gleichsetzungen, wer mit wem in einem Boot sitzt! Bedenken Sie immer, dass nicht Sie, sondern der Kollege Gysi von Neonazis tätlich angegriffen wird. Ich erspare Ihnen wiederum den Vergleich mit den italienischen Neofaschisten, die für den Lissabon-Vertrag sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) (D)

Kollege Trittin, Sie haben spekuliert, wer alles an der Mehrheit beim Referendum in Irland schuld sei. Sie werden wohl kaum vermeiden können, zuzugeben, dass in diesem Bundestag eine Mehrheit für den Lissabon-Vertrag nur mit Zustimmung der Kalten Krieger und der Aufrüstungslobby möglich gewesen ist.

(Zuruf von der FDP: Mein Gott!)

Denn im Lissabon-Vertrag ist von einer „schrittweisen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten“ die Rede, und das heißt nichts anderes als Aufrüstung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das heißt es nicht! Wir haben es Ihnen so oft erklärt!)

Ich will noch etwas klarstellen: Der Kollege Gysi und die Linke haben für **Volksabstimmungen** Staat für Staat plädiert, während die FDP im Europaparlament für ein Plebiszit in Gesamteuropa eingetreten ist, mit dem das Ergebnis des Referendums in Irland inkassiert werden könnte. Ihre Befürchtung richtet sich also gegen das, wofür die FDP plädiert hat, nicht gegen uns.

Die Bundesregierung reagierte auf die Entscheidung Irlands durch ihren Außenminister. Der Kanzlerkandidat der SPD-Rechten äußerte sich konfus und wenig demokratisch. Erst riet er Irland, das Land solle sich – ich zitiere – „vorübergehend vom Integrationsprozess abkoppeln“ und „für eine Zeitlang den Weg freimachen für

Dr. Diether Dehm

- (A) einen weiteren Integrationsprozess der 26 übrigen Staaten“. Dann verwies er ähnlich wie die Kanzlerin auf das dänische Modell: Das irische Volk soll so oft abstimmen, bis es der Regierung gefällt. Roland Koch lässt grüßen.

Schließlich gestand Herr Steinmeier generös zu – ich zitiere –: „Irland bekommt Zeit für eigene Vorschläge im Laufe des Jahres.“ Was kommt dann, Herr Außenminister und Kanzlerkandidat? Womit wollen Sie dann drohen?

Wer jetzt die neoliberalen, militaristischen und wenig demokratischen Inhalte des Verfassungsvertrages um jeden Preis durchsetzen will, der tut dies um den Preis der Einheit der Europäischen Union. Der grüne Europaabgeordnete Cohn-Bendit hat dies dankenswerterweise ganz offen im *Spiegel* ausgeplaudert: Er will die Spaltung in – ich zitiere – „auf der einen Seite eine europäische Föderation jener Staaten“, „die weitergehen wollen in ihrer Gemeinsamkeit, die ihre ... militärische, ökologische und ökonomische Zusammenarbeit vertiefen wollen ... Mit Frankreich und Deutschland als Kern ...“ Den anderen bleibe „eine Art privilegierte Partnerschaft“.

Gegen dieses Abenteuerium und die Steinmeier'sche Gutsherrenart unterstreicht die Linke: Demokratisch gefällte Entscheidungen nach der Verfassungsordnung der 27 Länder müssen respektiert werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

- (B) Mit dem Grundgesetz, seiner Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und seinem Angriffskriegsverbot müssten Sie keine Angst vor einer Volksabstimmung in Deutschland haben.

Wir brauchen einen neuen Anlauf zur Änderung der bestehenden Verträge – auch des Vertrages von Nizza –, aber nur dann, wenn von den Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland ausgegangen wird und der Inhalt der Verträge von der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten akzeptiert werden kann. Der Sprecher der französischen Sozialisten, Julien Dray, formulierte vorgestern die vor uns liegenden europapolitischen Aufgaben so: „Europa braucht eine demokratische und soziale Neugründung, die vom Volk ausgehen muss.“ Auch in Deutschland muss ein breiter Diskurs über einen neuen EU-Verfassungsvertrag beginnen, für eine wahre Integration, die nur sozial sein kann, will sie nicht eine bloße seelenlose Addition einer Freihandelszone bleiben, und mit Volksabstimmungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ohne Anspruch darauf, den richtigen Weg schon jetzt in allen Einzelheiten zu kennen, ist die Linke bereit, sich in ein solches Projekt mit eigenen Vorstellungen und Vorschlägen selbstbewusst einzubringen. Nur **Sozialstaatlichkeit** schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Lasst uns mehr Demokratie mit den Völkern und nicht hinter ihrem Rücken wagen! Lasst uns neuen Mut für ein soziales und friedliches Europa machen! Irland gibt uns allen die Chance für einen neuen Anfang.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Im Vergleich zu Herrn Dehm ist Herr Modrow ein Modernisierer! – Gegenruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Im Vergleich zu Ihnen gibt es intelligente Zwischenrufer!)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was richtig ist und was eine gemeinsame Klammer in diesem Haus sein könnte, ist unser Unbehagen – nicht erst nach dem Referendum in Irland, sondern schon nach den vorangegangenen Referenden – darüber, dass es uns allen nicht gelungen ist, die Menschen in Europa ausreichend zu überzeugen, warum das anstehende Projekt, für das es hier eine große Mehrheit gibt, die einzige mögliche Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung ist; das müssen wir akzeptieren. Das ist der Vorwurf, der in diesem Haus häufig von der **Linken** gemacht wird. Die Argumente sind zwar falsch, aber der Vorwurf hat einen rationalen Kern. Wir haben die Verpflichtung, uns dem zu stellen. Richtig ist – das ist die populistische Konsequenz dieser Herausforderung –, dass die Menschen kein Vertrauen haben, dass die Europäische Union ihre Schutzmacht bei der Vertretung ihrer sozialen Interessen, der Erzielung notwendiger ökologischer Fortschritte und der Schaffung supranationaler Strukturen ist, die wir brauchen, um auf internationaler Ebene Gewicht zu haben und verhandlungsfähig zu sein. Aber das kann man nicht dadurch gewinnen, dass man jeden Tag den Bürgerinnen und Bürgern Europas die Unfähigkeit der EU vorzugaukeln versucht. Das steht im Gegensatz zur Wirklichkeit.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die Kernproblematik, die wir in der Öffentlichkeitsarbeit haben. Meine Damen und Herren von der Linken, hier wende ich mich ganz besonders an Sie. Ich unterstelle niemandem in der Linksfraktion – noch nicht einmal ansatzweise –, dass er gemeinsame Sache mit den Nazis machen will. Ganz im Gegenteil: Hier wissen wir Sie auf unserer Seite. Aber mit Ihrer Argumentation stellen Sie den Verfassungsvertrag als Herrschaftsinstrument – von wem auch immer – dar, mit dessen Hilfe versucht wird, die arbeitenden Menschen in Europa zu knechten und auszubeuten. Sie instrumentalisieren den Vertrag und erreichen damit genau das, was Sie nicht wollen. Objektiv erreichen Sie dadurch eine antieuropäische Stimmung

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und eine politische Koordination mit Nationalisten, die Sie selber gar nicht wollen. Aber das wird das Ergebnis

Rainer Steenblock

- (A) Ihrer Arbeit sein. Die Verantwortung müssen Sie dann übernehmen; denn Sie wissen, wie Politik funktioniert. Deshalb kritisieren wir massiv, was Sie hier treiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir Grüne haben das Ruffert-Urteil heftig kritisiert. Die Tendenz in der europäischen Gesetzgebung bzw. ihre Interpretation sind sicherlich kritikwürdig. Wir müssen aber Anstrengungen im **Mindestlohnbereich** unternehmen und auf nationaler Ebene klarmachen, dass eine solche Interpretation nicht möglich ist. Das ist unsere Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Dass es in Europa zurzeit eine konservative Mehrheit gibt, die eine Politik macht, die ich in vielen Teilen nicht unterstütze, ist eine Tatsache; trotzdem halte ich dieses Integrationsprojekt für richtig und notwendig. Die Europäische Union ist die einzige Struktur zur Kooperation, die wir erreichen können; dieser Vertrag ist der einzige Vertrag, der zurzeit politisch möglich ist. Ich kann also nicht sagen, dass nur deshalb, weil es eine konservative Mehrheit gibt, dieses Projekt falsch ist. Ich muss bei der Europawahl darum kämpfen, dieses Europa fortschrittlicher zu machen, dieses Europa sozialer zu machen und dieses Europa ökologischer zu machen. Dafür müssen die politischen Parteien im Europawahlkampf streiten. Ich kann aber nicht sagen: Die EU ist nur dann klasse, wenn ich selber die Mehrheit habe. – Diese Form von Demokratie haben wir in Europa abgeschafft.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der SPD)

Wir sind die vom Volk gewählten Abgeordneten, wir sind die Vertretung des deutschen Volkes. Wir sollten mit Rückgrat, mit Engagement und mit Herzblut für diesen Vertrag streiten. Es gibt keine Alternative, die verantwortungsvoll wäre.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Thomas Silberhorn ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich hätte mir einen anderen Ausgang des Votums in Irland gewünscht. Ich habe mit vielen hier im Haus die letzten Jahre damit verbracht, die Rolle des Bundestages in europäischen Angelegenheiten zu stärken. Wir wollten den Vertrag von Lissabon als Katalysator dafür. Auch deswegen bin ich über dieses Nein in Irland enttäuscht. Ich bin aber genauso über die Kreativität

enttäuscht, die manche entwickeln, um dieses **Votum in Irland** zu umgehen. Wenn erzählt wird, 800 000 Iren könnten doch 500 Millionen Europäer nicht aufhalten, wenn erzählt wird, die Iren sollten sich überlegen, ob sie sich nicht selbst zurückziehen, dann müssen wir sehr aufpassen, dass wir nicht den Eindruck erwecken, die Iren sollten jetzt wegen unbotmäßigen Verhaltens isoliert werden. Wer das tut, setzt ein fatales Signal, gibt Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Europa schon immer skeptisch gegenüberstanden, und bestätigt alle diejenigen, die in Irland mit Nein gestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der
SPD und der FDP – Beifall des Abg.
Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wir sind mit dem Lissabon-Vertrag angetreten, um mehr Demokratie, mehr Bürgernähe in der Europäischen Union zu verwirklichen. Wenn jetzt in Irland als dem einzigen Land mit Volksabstimmung ein Nein erfolgt ist, dann können wir nicht so tun, als müssten wir Irland künftig mit zwei „r“ schreiben; wir müssen dieses demokratische Votum vielmehr uneingeschränkt respektieren, auch wenn es schwerfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich halte deswegen nichts davon, eine Strategie des „Weiter so“ zu verfolgen und einfach zur Tagesordnung überzugehen. Im Gegenteil: Wir haben allen Anlass zu einer kritischen Selbstreflexion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

(D)

Dieses Nein in Irland ist nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag bereits das dritte Votum mit einem Nein. Deswegen ist das kein einfacher Ausrutscher,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist das
Problem!)

sondern offenbar Ausdruck eines tiefsitzenden Misstrauens gegenüber der Europäischen Union. Wir werden im Rahmen der Analyse dieses Votums mit den Iren sprechen müssen. Es fällt auf, dass es erneut diffuse Ängste waren, die in dieser Kampagne in Irland eine große Rolle gespielt haben: die Angst vor der Harmonisierung der Unternehmensteuern, vor einer Liberalisierung von Abreibungen und anderes mehr. Alles das hat keinerlei Bezug zu dem Vertragstext, aber es ist doch bezeichnend, dass man mit dem Argument, dass das mit dem Vertrag nichts zu tun hat, gar nicht durchgedrungen ist. Ich glaube, wir müssen selbstkritisch darüber nachdenken, wie wir in der Europäischen Union tagtäglich Politik machen. Wenn nämlich die Institutionen der Europäischen Union, von der Kommission über das Parlament bis zu den Ministerräten, Woche für Woche neue Vorschläge erarbeiten, die mit dem Vertragstext nichts zu tun haben, die die Kompetenzordnung nicht achten und die auch das **Subsidiaritätsprinzip** nicht ernst nehmen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir solchen Ängsten keine Argumente entgegensetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn

- (A) Ich kann hundert Beispiele aus der Alltagspolitik der Europäischen Union nennen, wo das der Fall ist: Die Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetzgebung, die aktuell in der Kommission und im Europäischen Parlament diskutiert wird, geht weit über die Vertragsgrundlagen hinaus. Die Kommission hat Vorschläge zum Katastrophenschutz unterbreitet,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Jetzt machen Sie genau das, was wir nicht gebrauchen können!)

obwohl erst mit dem Vertrag von Lissabon die Rechtsgrundlage dafür geschaffen wird.

Und hat nicht die Kommission erst vor wenigen Wochen ein Konsultationsverfahren über die Reform der EU-Finanzen beendet, in dem alle Fragen über Steuererhebungen der Europäischen Union aufgeworfen worden sind, für die es keine Rechtsgrundlage gibt und die auch Gegenstand der Debatte in Irland gewesen sind?

Meine Damen und Herren, wenn wir so vorgehen, bereiten wir den Nährboden, auf dem Ängste gedeihen können, mit. Dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn die Befürworter des Lissabon-Vertrags dem nichts mehr entgegenhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Europäische Union muss die ihr gesetzten Grenzen respektieren. Sie muss sich auf ihre großen Aufgaben konzentrieren, sich wieder in Selbstbeschränkung üben und darf nicht alles und jedes selbst regeln wollen. Das ist die grundlegende Voraussetzung dafür, dass neues Vertrauen in die Europäische Union aufgebaut werden kann.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich verkenne nicht, meine Damen und Herren, dass gerade der Lissabon-Vertrag eine klarere Kompetenzabgrenzung bringen und die Rolle der nationalen Parlamente bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips stärken würde. Das gehört ja gerade zur Tragik dieses aktuellen Diskussionsprozesses.

Eine erneute Abstimmung in Irland halte ich für ein riskantes Unterfangen. Wenn die politische Botschaft lautet: „Augen zu und durch!“, dann kann das doch ein Gegner des Vertrages nur als eine Missachtung seines Votums auffassen. Ich sehe wohl, dass ein solches Vorgehen bereits mehrfach gelungen ist. Und wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass selbst der irische Premierminister eine zweite Abstimmung ausdrücklich nicht ausschließt. Von daher haben wir keinen Grund, uns dieser Möglichkeit zu begeben. Aber es muss klar sein, dass es für eine **zweite Abstimmung** nur ein sehr schmales Fenster gibt. Das funktioniert nur, wenn man am Vertragstext selbst überhaupt nichts ändert. Jede Änderung würde bedeuten, dass es sich um einen anderen Vertrag handeln würde, der erneut in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsste. Ob die irische Regierung das durchsetzen kann, darf man durchaus mit einem Fragezeichen versehen. Denn bei der jetzigen Abstimmung ist es ihr ja gerade nicht gelungen. Deswegen glaube ich, dass wir ums Nachdenken nicht herumkommen werden.

- (C) Ich halte eine zweite Abstimmung für einen der gangbaren Wege, aber nicht für eine hinreichende Option – zumal ein zweites Nein ein vollendetes Desaster wäre. Dieser Hilflosigkeit sollten wir uns nicht ergeben.

Auf der Suche nach Alternativen sind in den letzten Tagen viele theoretische Vorschläge erörtert worden. Mit einer zweiten Abstimmung auch eine Abstimmung über die Mitgliedschaft Irlands in der EU zu verbinden, die Europäische Union ohne Irland umzugründen oder die Aufforderung an Irland, sich zeitweilig zurückzuziehen – ich halte das alles für abwegig. Die Iren haben nicht gegen die Europäische Union gestimmt, sondern sie haben einen bestimmten Vertrag abgelehnt. Deswegen ist eine Isolationshaft oder ein Quasi-Rauswurf Irlands keine Antwort. So lässt sich kein Vertrauen in die Europäische Union aufbauen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zustimmung des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wir müssen im Gegenteil als vorrangiges Ziel die **Einheit der Europäischen Union** bewahren. Denn der pragmatische Weg ist seit Konrad Adenauer und Charles de Gaulle immer der Erfolgsweg der europäischen Integration gewesen. Sie haben auch nicht das große Konzept der Vereinigten Staaten von Europa angestrebt, sondern ganz konkret mit Kohle und Stahl begonnen. Aus dem gemeinsamen Erfolg ist am Ende mehr geworden. Wir haben mit dem Verfassungsvertrag und dem Lissabon-Vertrag ein anderes Konzept erarbeitet. Denn wir haben auf eine Maximallösung gesetzt – auf die allumfassende, fein austarierte Lösung, die alles auf einmal regelt. Wenn das Menü zu groß ist, dann müssen wir umdenken und uns darauf zurückbesinnen, dass wir in der europäischen Integration mit kleineren, verdaulichen Schritten bisher immer vorwärtsgekommen sind.

(D)

Der Reformbedarf in der Europäischen Union bleibt unbestritten. Die EU der 27 muss anders funktionieren als eine EU der 15 – insoweit bleiben die Inhalte des Lissabon-Vertrages aktuell. Aber wir sollten innehalten, wenn wir darauf zurückgeworfen werden, vorerst mit dem Nizza-Vertrag weitermachen zu müssen. Insoweit halte ich auch nichts davon, dass die Kommission ausgerechnet in dieser Woche die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nochmals beschleunigt hat. Dafür gibt es keine Grundlage. Die EU ist bis auf Weiteres nicht erweiterungsfähig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das gilt aber auch für Kroatien! Das muss man auch sagen! Das gilt dann für alle!)

Es ist aber bezeichnend, dass die Kommission angekündigt hat, dass Kroatien möglicherweise 2009 oder 2010 beitragsreif sein könnte. Das ist vielleicht ein Ausweg, wenn man gar nicht anders kann und uns die Fortsetzung der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages verwehrt sein sollte. Mit dem Beitritt Kroatiens können wenigstens die **institutionellen Reformen** erneut angegangen werden; denn institutionelle Fragen müssen zwingend mit einem Beitritt in Angriff genommen werden. Wir werden uns weiter Gedanken über differenzierte Formen der Integra-

Thomas Silberhorn

- (A) tion machen müssen. Offenkundig ist die Integrationsbereitschaft der Mitgliedstaaten unterschiedlich, und wir müssen dem Rechnung tragen, mit dem Ziel, dass die Vielfalt innerhalb der Europäischen Union am Ende der Einheit dient. Das alles steht jetzt freilich nicht im Vordergrund.

Es ist auch deutlich zu machen, dass das irische Nein die Europäische Union nicht handlungsunfähig macht, auch wenn es manches erschwert. Doch der schönste Vertrag nützt wenig, wenn er von den Bürgern nicht aus freien Stücken und aus innerer Überzeugung mitgetragen wird. Um genau diese innere Überzeugung müssen wir uns bei jedem Integrationsschritt noch viel stärker bemühen als bisher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Lieber Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Europapolitiker brauchen in diesen Zeiten besonders viel Optimismus. Das fällt nicht immer leicht. Die gegenwärtige Situation erinnert mich manchmal an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Man hat ein Projekt abgeschlossen, geht beruhigt ins Bett, steigt am nächsten Morgen aus dem Bett und stellt fest: Alles fängt noch einmal von vorne an, die gleiche Mühsal, die gleiche Überzeugungsarbeit.

- (B)

Aber wir sind gestählt; wir haben das nun schon über eine ganze Reihe von Jahren gemacht. Vor sechs Jahren hat der Verfassungskonvent seine Arbeit aufgenommen. Leider müssen wir feststellen: Wir sind noch kein richtiges Stück vorangekommen. Daran sind nicht allein die 862 415 Iren schuld, die mit Nein gestimmt haben. Bereits seit Maastricht stockt der Ratifizierungsprozess. Es hat immer wieder Neins gegeben – darauf ist eben schon hingewiesen worden –, und wir haben immer wieder pragmatische Lösungen gefunden. Wir haben Opt-outs erklärt, wir haben Protokollerklärungen auf den Weg gebracht, wir haben Reflexionsphasen ausgerufen.

Ich befürchte nur: Mit einem „Weiter so“ und der Suche nach kleinen Lösungen werden wir nicht mehr vorankommen. Es hat sich schließlich Grundlegendes geändert. Der Integrationsprozess war immer reich an Konflikten. Von Beginn an hat es einen Grundkonflikt zwischen den Integrationisten und den Intergouvernementalisten gegeben, also zwischen denjenigen, die eher eine bundesstaatliche, und denjenigen, die eher eine staatenbündische Ordnung wollten.

Daraus ist aber immer etwas Konstruktives entstanden, auch maßgeblich auf Initiative von Deutschland und Frankreich. Sie haben Vorschläge gemacht, die für die anderen Partner akzeptabel waren. Ob das aber jetzt – bei einer Europäischen Union mit fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, bei einer Europäischen Union

- (C) mit 27 Mitgliedstaaten – noch trägt, daran habe ich, offen gestanden, meine Zweifel. Diese Zweifel möchte ich zumindest heute einmal zum Ausdruck bringen.

Ich weiß: Viele wünschen sich die EU als eine Volkshochschule. Ich will nichts gegen Volkshochschulen sagen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag. Aber sind wir wirklich der Auffassung, dass die Iren möglicherweise für den Vertrag von Lissabon gestimmt hätten, wenn man ihnen den Vertrag nur besser erklärt hätte? Jeder von uns weiß doch, wie schwierig, komplex und kompliziert föderale Strukturen sind. Wer von uns kann denn auf Anhieb das personalisierte Verhältniswahlrecht erklären? Wer von uns kann auf Anhieb die konkurrierende Gesetzgebung erklären? Wer von uns kann auf Anhieb erklären, wann der Bundesrat zuzustimmen hat und wann er eben nicht zuzustimmen hat?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das können wir eigentlich schon!)

Trotzdem gibt es in Deutschland, in unserem föderalen Staat, noch ein diffuses **Grundvertrauen in die Politik** und in diesen Staat. Dieses diffuse Grundvertrauen gibt es in weiten Teilen der Bevölkerung innerhalb der Europäischen Union so offensichtlich nicht mehr. Das ist auch unsere eigene Schuld. Da tragen wir Mitverantwortung.

- (D) In einem Punkt ist die Europäische Union gelungen; sie ist ein grandioses historisches Erfolgsprojekt – das weiß die ältere Generation in unserem Land sehr genau –: Europa als Friedensmacht. Europa hat Frieden und Sicherheit auf den Weg bringen, garantieren können. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Mislungen ist aber, dass sich die Europäische Union als **sozialer Gestalter von Globalisierung** etablieren konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben innerhalb der Europäischen Union – sei es bei Entscheidungen des Rates, sei es bei Urteilen des Europäischen Gerichtshofes, sei es bei Initiativen der Europäischen Kommission – leider ein zu marktradikales Denken: Das verunsichert, das ängstigt die Menschen. Sie haben den Eindruck: Die Europäische Union ist nicht mehr Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. – Hier müssen wir ansetzen.

Der Vertrag von Lissabon sieht, auch wenn Sie von den Linken etwas anderes behaupten, viele sozialpolitische Bekenntnisse vor. Der Vertrag von Lissabon beinhaltet mehr soziale Grundrechte als das Grundgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist gut, aber konkrete Projekte im täglichen Handeln, die den Menschen zeigen: „Es geht voran“, sind besser.

Ich mahne uns alle zu ein bisschen mehr Demut in Richtung Irland und auch zu mehr **Selbstkritik**. Wir alle sehen den Splitter im irischen Auge, aber den Balken im eigenen Auge – das ist auch bei meinem Vorredner ein bisschen deutlich geworden – sehen wir leider nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD])

Michael Roth (Heringen)

- (A) Das Brüssel-Bashing bringt uns überhaupt nicht weiter. Von Montag bis Freitag zu erklären, dass wir es mit einem Bürokratenmoloch zu tun haben und wir alle hier, seien wir Regierungsvertreter oder Abgeordnete, machtlos seien, dann jedoch am Sonntag die Sonntagsreden für das ach so schöne, solidarische Europa zu halten, ist nicht überzeugend; vor allem: Es stimmt auch nicht. Es findet im Rahmen der europäischen Rechtsetzung kein einziges Gesetzgebungsprojekt statt, ohne dass ein Minister, ein Staats- oder Regierungschef nicht beteiligt ist. Schon jetzt verfügen die nationalen Parlamente über erhebliche Mitwirkungsmöglichkeiten. Wir werden sicherlich nicht alles, was in Brüssel erdacht und ersponnen wird, verhindern können. Aber wir werden alles mitgestalten können, wenn wir es denn wollen. Daran, dass dieser Wille überall vorhanden ist, habe ich manchmal so meine Zweifel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß, dass der Appell ausgesendet wurde: Wir versuchen jetzt, den Wagen, der feststeckt, wieder flottzumachen. Seid aber mit neuen Ideen zurückhaltend! – Dennoch möchte ich dazu einladen, auch einmal etwas Neues zu denken oder die eine oder andere Idee, die schon seit geraumer Zeit in der Schublade liegt, wieder hervorzuholen.

Ich sage jetzt meine persönliche Auffassung und vertrete damit nicht die Auffassung meiner Fraktion. Ich weiß natürlich, dass wir das **Ratifizierungsverfahren** nur einstimmig werden ändern können. Aber vielleicht besteht die Chance, uns zukünftig darauf zu verständigen, dass eine Ratifizierung möglich ist, wenn mindestens vier Fünftel der Mitgliedstaaten zustimmen und gleichzeitig in einem EU-weiten Referendum die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich zustimmen.

- (B)

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Hört! Hört!)

Die Mitgliedstaaten, die mit Nein gestimmt haben, haben dann die Option, aus der Europäischen Union auszutreten.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Warum beschimpft ihr uns als Opposition dann?)

Wir brauchen weiterhin kurzfristig **pragmatische Lösungen**. Ich kann zum Beispiel nicht nachvollziehen, warum man jetzt nicht erklärt: Bestimmte Teile des Vertrages, die uns wichtig sind, können schon jetzt in Kraft treten. Warum sollte sich der Europäische Rat nicht darauf verpflichten, dass das Wahlverfahren für den Kommissionspräsidenten nach den Regeln von Lissabon stattfindet? Warum sollten sich die nationalen Parlamente gemeinsam mit der EU-Kommission nicht darauf verständigen, dass schon jetzt die Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten für die nationalen Parlamente gelten? Warum sollten wir uns im Rahmen einer interinstitutionellen Vereinbarung nicht darauf verständigen, dass die Grundpfeiler eines europäischen auswärtigen Dienstes schon jetzt auf den Weg gebracht werden? Diese Fragen sollten zumindest gestellt werden dürfen. Vielleicht finden wir Bündnispartner in der Europäischen Union, und vielleicht können wir eine neue Dynamik entwickeln.

- (C) Eine weitere Differenzierung, ob sie uns gefällt oder nicht, ist zwangsläufig. Ein Flickenteppich ist nicht schön, aber mit Schengen, Prüm und Euro haben wir ihn schon jetzt. Ich baue immer noch darauf, dass eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht nur einen Binnenmarkt will, sondern wirklich eine politische Union, die im sozialen Bereich, bei der ökologischen Nachhaltigkeit, bei der internationalen Solidarität und in der Außen- und Sicherheitspolitik voranschreitet. Dafür werden wir möglicherweise diese bittere Pille einer weiteren Differenzierung schlucken müssen. Für uns stellt sich nur die Frage: Wie können wir demokratische Legitimation und Kontrolle gewährleisten? Wie können wir möglicherweise weitere Komplexität und Intransparenz verhindern? Darauf müssen Antworten gefunden werden. Das ist unser gemeinsamer Auftrag.

Ich bin hoffentlich nicht naiv, aber ich bin und bleibe optimistisch. Die Vision eines vereinten, demokratisch und sozial verfassten Europas sollte noch nicht tot sein. Die EU wird sich deshalb neu gründen müssen. Dafür braucht es wahre Europäer. Ich bin mir sicher: Hier bei uns im Bundestag lassen sich einige finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Eckart von Klaeden (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt die alte Weisheit, dass in jeder Krise auch eine Chance liegt. Man wird sicherlich nicht sagen können, dass die gegenwärtige Krise der Europäischen Union so klein sei, dass man in ihr nicht auch Chancen finden könne.

Es wurde heute darüber gesprochen, dass wir das Modell eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten im Sinne eines Kerneuropas ablehnen. Wir sollten aber doch feststellen, dass es ein **Europa der unterschiedlichen Befindlichkeiten** gibt:

Wir haben zum einen die Gründungsstaaten des gemeinsamen Europas, die aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges Souveränitätsverzicht als eine Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensordnung begriffen und im Zuge dessen die Erfahrung gemacht haben, dass wirtschaftliche Kooperation Voraussetzung für Wohlstand ist. Wenn wir in Deutschland über 60 Jahre soziale Marktwirtschaft sprechen, dann sollten wir auch darauf hinweisen, dass die damit verbundenen Erfolge auf drei Säulen ruhten, nämlich zum Ersten auf der Säule der nationalen Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung, zum Zweiten auf der Säule des Marshallplans und zum Dritten auf der Säule der europäischen Integration, die mit den Begriffen Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft und schließlich Euro-

Eckart von Klaeden

- (A) päische Union eng verbunden ist. Ohne die EWG wäre das Wirtschaftswunder in Deutschland nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben zum anderen unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Befindlichkeiten die Gruppe der neuen Mitgliedstaaten, die sich noch sehr genau an die Erfahrungen erinnern können, die mit dem erzwungenen Souveränitätsverzicht im Warschauer Pakt verbunden waren, und deswegen der Idee des freiwilligen Souveränitätsverzichts skeptischer gegenüberstehen als wir.

Wir haben schließlich die Gruppe der neueren Mitgliedstaaten, zu der auch Irland gehört, die bisher außerordentlich von der europäischen Integration profitiert haben, aber nicht wissen, was sie erwartet. Nirgends wird das mehr deutlich als in dem Wahlkampfslogan, der in Irland für eine Abstimmung mit Nein warb: „If you don't know, vote no!“

Wir müssen nun diese unterschiedlichen Befindlichkeiten mehr zur Kenntnis nehmen und bei dem Werben für Europa und unseren Begründungen dafür stärker auf diese Bezug nehmen. Ein gemeinsames Ziel teilen jedoch alle drei Befindlichkeiten: Der **Integrationsprozess** muss weitergehen. Wenn wir auf dem Stand des Vertrages von Nizza verbleiben würden, dann müssten wir mit einem Prozess der schleichenden Desintegration Europas rechnen. Das wäre für alle drei Gruppen schlecht, also für die alten Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Deutschland – wir sind ja Exportweltmeister wegen der Europäischen Union –, für die neuen Mitgliedstaaten, die in den Euro-Raum streben und vom gemeinsamen Markt ebenfalls enorm profitieren – das ist zum Beispiel die Tschechische Republik, deren Bruttoinlandsprodukt nämlich zu fast 20 Prozent direkt oder indirekt von Volkswagen abhängt –, und schließlich auch für die exportabhängigen dynamischen Volkswirtschaften wie die in Irland, die nicht nur von den niedrigen Steuersätzen profitieren, sondern gerade auch von den Exportmöglichkeiten in die Europäische Union.

- (B)

Wir müssen also klarmachen, dass die Europäische Union gerade in ihrer Kombination die richtige Antwort auf die **Globalisierung** ist. Sie ist nämlich der Raum, in dem einerseits das europäische Sozialstaatsmodell weiterentwickelt werden kann und in dem andererseits dafür gesorgt werden kann, dass Europa die Wettbewerbsfähigkeit erhält bzw. gewinnt, die erforderlich ist, um sich im globalen Wettbewerb behaupten zu können. Deswegen sind die Gegner des europäischen Sozialstaatsmodells auch gegen die Europäische Union. Hier ist Großbritannien eine wesentliche Triebfeder. Aber es sind auch diejenigen gegen die Europäische Union, die gegen mehr Wettbewerb sind. Hier ist, wie ich finde, die Gegnerschaft der Linkspartei besonders zu greifen.

(Zuruf von der LINKEN: Na, na, na!)

Sie von der Linken sollten sich einmal die Frage stellen, warum neben den verfassungsrechtlichen Ausführungen, die Sie heute gemacht haben, sich die sozialpolitischen Ausführungen, die Sie zur Europäischen Union machen,

- (C) von den europapolitischen Ausführungen der NPD manchmal nur durch die Quellenangabe unterscheiden lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Oberflächlich! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Wir brauchen beides: Wir brauchen einerseits die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Aber wir brauchen andererseits eben auch die Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit, damit dieser Sozialstaat überhaupt erhalten werden kann. Wir dürfen uns nicht auf den Kategorienfehler einlassen, der häufig gemacht wird, eine Entwicklung innerhalb der Europäischen Union, die man nicht teilt, als Begründung für die grundsätzliche Europagegnerschaft anzuführen. Angesichts der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Weltregionen – in China, Indien, der ASEAN-Gruppe, Russland – haben wir nur dann eine Chance, so weiterleben zu können, wie wir leben, wenn wir die Europäische Union weiterentwickeln. Dafür braucht die Europäische Union, meine ich, gerade nicht eine neue Phase der Selbstreflexion, sondern neue, frische Gedanken,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Frische Gedanken ohne Reflexion?)

die über das hinausgehen, was zurzeit diskutiert wird, zum Beispiel die Frage, wie wir als Europäer stärker mit einer Stimme in der internationalen Finanzwirtschaft sprechen können.

- (D) Wir müssen auch darauf achten, dass in Zukunft nicht mehr so über Europa gesprochen wird, wie es viele unserer Kolleginnen und Kollegen im Alltag tun. Denn es ist Ausdruck von Denkfaulheit, wenn man für Entscheidungen auf kommunaler, Landes- oder nationaler Ebene, die man nicht zu begründen bereit oder in der Lage ist, immer wieder die wohlfeile Ausrede Europa findet. Wer so argumentiert, darf sich nicht wundern, dass, wenn es darauf ankommt, die Europaskepsis in der Bevölkerung besonders groß ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9633? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen Die Linke, SPD und CDU/CSU bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/9634? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/9635? –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

(A) Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen Die Linke, SPD und CDU/CSU bei Gegenstimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelehnt.

(C)

(B)

(D)